

## Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland<sup>1</sup>

*Armin Schäfer*

In vielen entwickelten Demokratien sinkt die Wahlbeteiligung. Dieser Trend lässt sich auch in Deutschland beobachten, das bis in die 80er-Jahre zu den Ländern mit überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung gehörte. Seitdem haben sich die Werte dem OECD-Durchschnitt angenähert. Bei der Bundestagswahl 2013 verzichteten fast 18 Millionen Wahlberechtigte darauf, ihre Stimme abzugeben. Zwar stieg die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl um 0,7 Prozentpunkte, doch 2009 war der Nichtwähleranteil besonders stark angestiegen, und das, obwohl bereits 2005 die Wahlbeteiligung zum ersten Mal seit 1949 unter die 80-Prozent-Marke gerutscht war. Die Wählerwanderungsanalysen von infratest dimap zeigen zudem, dass mehr als drei Viertel der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2009 auch 2013 nicht wählten (infratest dimap 2013). Trotz dieser Veränderungen hat die deutsche Politikwissenschaft die Nichtwählerinnen und Nichtwähler lange Zeit vernachlässigt und vor allem die wachsende soziale Kluft in der Wahlbeteiligung ignoriert. Für viele wirkt der Verweis auf Beteiligungsunterschiede zwischen Einkommens- oder Bildungsgruppen altbekannt, doch das scheinbar Bekannte verändert sich im Zeitverlauf. Denn wer Umfragen und Wahlstatistiken aus den 70er- oder frühen 80er-Jahren auswertet, findet in Deutschland kaum Beteiligungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen. Bei der hohen Wahlbeteiligung, die zu dieser Zeit üblich war, fielen verbleibende Unterschiede im Vergleich zu heute minimal aus. Erst mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung spreizen sich die schichtspezifischen Beteiligungsraten. Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung gewinnt die demokratietheoretisch relevante Frage, wer nicht wählt und wie dieses Verhalten erklärt werden kann, erneut an Bedeutung.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist ein gekürzter und leicht veränderter Abdruck des fünften Kapitels aus: Armin Schäfer (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 81. Frankfurt a. M.: Campus. Ich danke dem Campus Verlag für die Genehmigung zum Wiederabdruck.

*Armin Schäfer*

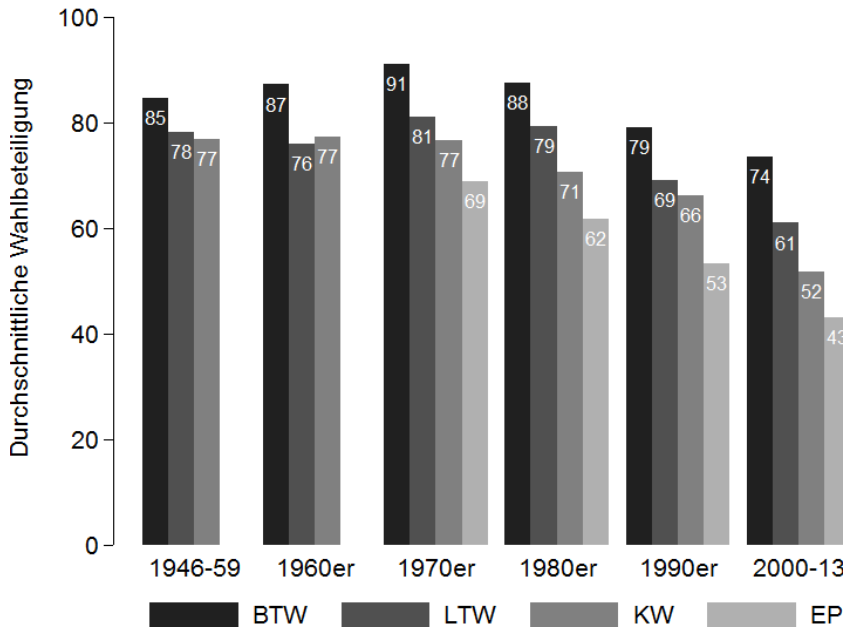
### *1 Der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland*

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Nichtwahl folgt Konjunkturen, die mit der Entwicklung der Wahlbeteiligung verbunden sind. Nachdem bei der ersten gesamtdeutschen Wahl die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler massiv angestiegen war, entstand in der Folge eine Reihe von Arbeiten, die die Wahlenthaltung erklären. Zeitgleich wurde debattiert, ob der Rückgang der Wahlbeteiligung als Krise der Demokratie zu bewerten sei. Einige Autoren mahnten, dass Wahlen die Regierenden nicht länger ausreichend legitimierten. So nannte Feist (1992) die Hamburger Bürgerschaftswahl von 1991 als abschreckendes Beispiel, bei der ein Drittel der Wahlberechtigten nicht teilnahm, ein erheblicher Teil ungültig wählte oder für Protestparteien stimmte. Für sie steht „die Legitimation der neu gewählten Bürgerschaft auf denkbar schwachen Füßen“ (Feist 1992, S. 51). Dem hielt Roth (1992) entgegen, dass auch eine hohe Wahlbeteiligung der Demokratie schaden könne. Denn bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik sei die Wahlbeteiligung nicht zuletzt deshalb angestiegen, weil die NSDAP ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisierte (siehe auch Falter 1991, S. 92–93). Die rückläufige Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik ab 1980 sei deshalb in einem doppelten Sinn als Normalisierung zu werten: Zum einen falle die deutsche Wahlbeteiligung auf ein im internationalen Vergleich „normales“ Niveau und zum anderen drücke sich darin die Emanzipation der Bürger aus, die nicht länger nur aus staatsbürgerlichem Pflichtgefühl wählten, sondern stattdessen bewusst abwogen, ob die Stimmabgabe nötig sei: „Nicht bei jeder Wahl steht das demokratische System zur Abstimmung, ich werde nicht jedesmal gebraucht. Ich kann mich dann meinen eigenen Interessen widmen, und dieser schöne Sonntag muß nicht unbedingt dem Staat und dem demokratischen System gewidmet werden“ (Roth 1992, S. 66).

Es bestehen also ganz unterschiedliche Deutungsmuster, was Motive der Nichtwahl sein könnten und wie rückläufige Wahlbeteiligungsraten zu bewerten sind. Um beurteilen zu können, wie der Rückgang der Wahlbeteiligung einzuschätzen ist, muss deshalb geklärt werden, wer nicht wählt und was zur Nichtwahl führt.

In Abbildung 1.1 ist die Wahlbeteiligung für alle Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europaparlamentwahlen zwischen 1946 und 2013 abgetragen. Dargestellt wird die durchschnittliche Beteiligung in den Bundesländern für jedes Jahrzehnt. Zwei Trends sind erkennbar. Erstens wählen mehr Menschen bei Bundestagswahlen als bei „Nebenwahlen“, die als

Abbildung 1.1: Wahlbeteiligung in Deutschland, 1946–2013



Daten: BWL (2010) und BWL (2013a). Genaue Quellenangaben enthält Tabelle 1 im Anhang.

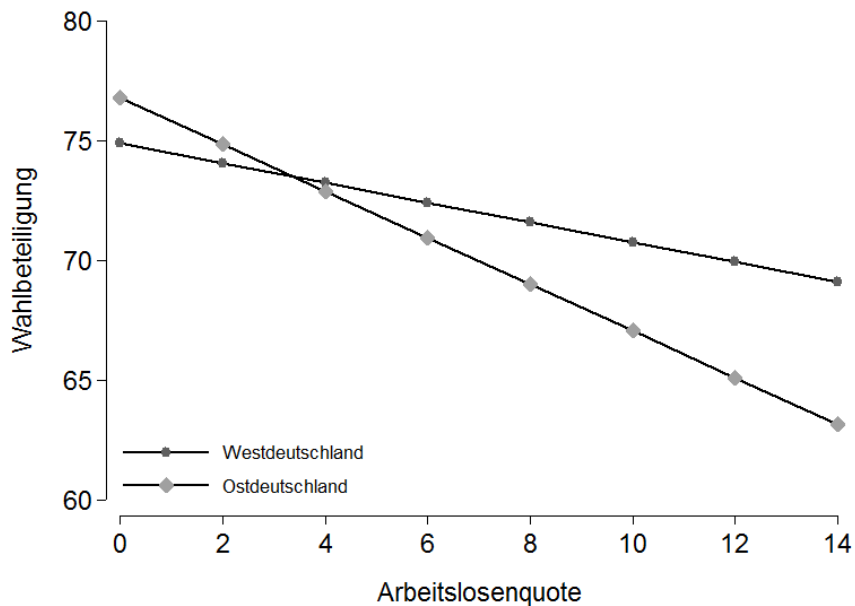
Dargestellt ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den erst elf und dann 16 Bundesländern bei Bundestags- (BTW), Landtags- (LTW) und Kommunalwahlen (KW) sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP).

weniger wichtig eingestuft werden (Reif und Schmitt 1980). Zweitens liegt die Beteiligung bei allen Wahlarten heute niedriger als in jedem früheren Jahrzehnt. Besonders stark fällt der Rückgang bei Kommunalwahlen aus, an denen zwischen 1950 und 1980 mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen. Heute wählt auf kommunaler Ebene nur noch jeder zweite und bei den Wahlen zum Europaparlament sind es noch weniger Wähler. Die durchschnittliche Beteiligung liegt für Landtagswahlen inzwischen bei 61 Prozent, sodass die 66 Prozent Wahlbeteiligung, die für manche Beobachter Anfang der 90er-Jahre alarmierend niedrig schienen, über dem heutigen Durchschnitt liegen. Der Trend einer rückläufigen Wahlbeteiligung hat sich seit den 80er-Jahren verstärkt. Zwar gibt es situative Faktoren, die zu Ausschlägen nach oben oder unten führen können, diese verändern den allgemeinen Trend aber nicht: In keinem Bundesland und

Armin Schäfer

bei keiner Wahl wird heute das Beteiligungsniveau früherer Jahrzehnte erreicht. Von einer Normalisierung der Wahlbeteiligung lässt sich schon deshalb nicht sprechen, weil das Beteiligungsniveau heute nicht nur unter dem der 70er-Jahre liegt, sondern niedriger als jemals zuvor.

Abbildung 1.2: Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2013



Daten: BWL (2013a; 2013b).

Dargestellt ist die statistisch ermittelte Wahlbeteiligung in den 299 deutschen Wahlkreisen, die auf Grundlage einer linearen Regression ermittelt wird, die Informationen zu Altersstruktur und Arbeitslosigkeit sowie den Abiturientenanteil eines Jahrgangs und die Einwohnerdichte enthält. Siehe hierzu Tabelle 2 im Anhang.

Wichtiger als der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung sind Unterschiede, die sich hinter den Durchschnittszahlen verbergen. Bei der Bundestagswahl 2013 lagen bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent 21 Prozentpunkte zwischen dem Wahlkreis mit der höchsten (Berlin-Zehlendorf) und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (Harz in

Sachsen-Anhalt).<sup>2</sup> Obwohl die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland insgesamt niedriger als im Westen ausfällt, sind die Wahlbeteiligungsunterschiede in Westdeutschland größer. Auf Ebene der Wahlkreise stehen zwar keine Informationen zur Einkommensverteilung zur Verfügung, sodass der Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung nicht ermittelt werden kann, aber die vom Bundeswahlleiter bereitgestellten Strukturdaten enthalten die Arbeitslosenquote, die als Näherung für unterschiedliche Lebensverhältnisse genutzt werden kann. Aus Abbildung 1.2 geht hervor, dass in ost- wie westdeutschen Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung geringer ausfällt, selbst wenn die Altersstruktur, der Bildungsgrad und die Bevölkerungsdichte bereits berücksichtigt werden. Dieser Blick auf die räumliche Verteilung der Wahlbeteiligung weist darauf hin, dass zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung ein enger Zusammenhang besteht.

## *2 Wer wählt nicht?*

Die Forschung unterscheidet vier Typen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern (Hoffmann-Jaberg und Roth 1994, S. 137–138). Erstens gibt es „technische“ oder „unechte“ Nichtwähler (ausführlich hierzu Lavies 1973, Kapitel 2), die beispielsweise wegen eines Umzugs oder eines Auslandsaufenthalts keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben. In diese Kategorie fallen auch Verstorbene, die noch in den Wählerverzeichnissen stehen, sowie durch Krankheit verhinderte Wahlberechtigte. Lavies (1973, S. 52) schätzt, dass bis zu 6,5 Prozent der Wahlberechtigten unechte Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind. Neue und verlässliche Schätzungen liegen meines Wissens nicht vor, aber elektronische Melderegister und die in immer größerem Umfang genutzte Briefwahl sollten die Zahl der unechten Nichtwählerinnen und Nichtwähler verringert haben. Eine zweite Gruppe sind „grundsätzliche Nichtwähler“, die sich einerseits aus politikfernen, sozial schlecht integrierten „Randgruppen“ rekrutieren und zu denen andererseits Minderheiten wie die Zeugen Jehovas zählen, die das Wählen aus religiösen Gründen ablehnen. Als dritte Gruppe lassen sich „konjunkturelle Nichtwähler“ identifizieren, die sich situativ entscheiden, ob sie ihre Stimme abgeben. Das sind beispielsweise Menschen, die zwar bei Bun-

---

2 Datengrundlage: Bundeswahlleiter (2010; 2013).

*Armin Schäfer*

destagswahlen, nicht aber bei Kommunal- oder Europawahlen wählen. Ob sie ihre Stimme abgeben, hängt davon ab, wie wichtig ihnen die Wahl erscheint. Schließlich kennt die Forschung „bekenkende Nichtwähler“, die politisch interessiert sind, aber aus Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, den Parteien oder mit der Funktionsweise der Demokratie auf die Stimmabgabe verzichten. Die vielfältigen Gründe, weshalb Menschen nicht wählen, veranlassen einige Beobachter dazu, auf die Heterogenität dieser Gruppe zu verweisen: „Es gibt Nichtwähler, die gar nicht existieren, Systemgegner, Unpolitische, Gleichgültige, Bequeme, Kranke und Gebrechliche, Wahlmüde, Unzufriedene, Erboste, Resignierte, Verreiste, Einsame und viele mehr. Das einzige, was Nichtwähler verbindet, ist die Tatsache, daß sie nicht wählen“ (Eilfort 1994, S. 54).

Im Folgenden wird überprüft, ob diese Aussage zutrifft. Wie oben gezeigt wurde, hat der Umfang der Wahlenthaltung bei allen Wahlen deutlich zugenommen. Selbst wenn man annimmt, dass die maximal erreichbare Wahlbeteiligung aufgrund von unechten Nichtwählern bei etwa 95 Prozent liegt, fällt die Beteiligung heute weit niedriger aus. Doch wer wählt nicht?

### *2.1 Die soziale Schieflage der Nichtwahl*

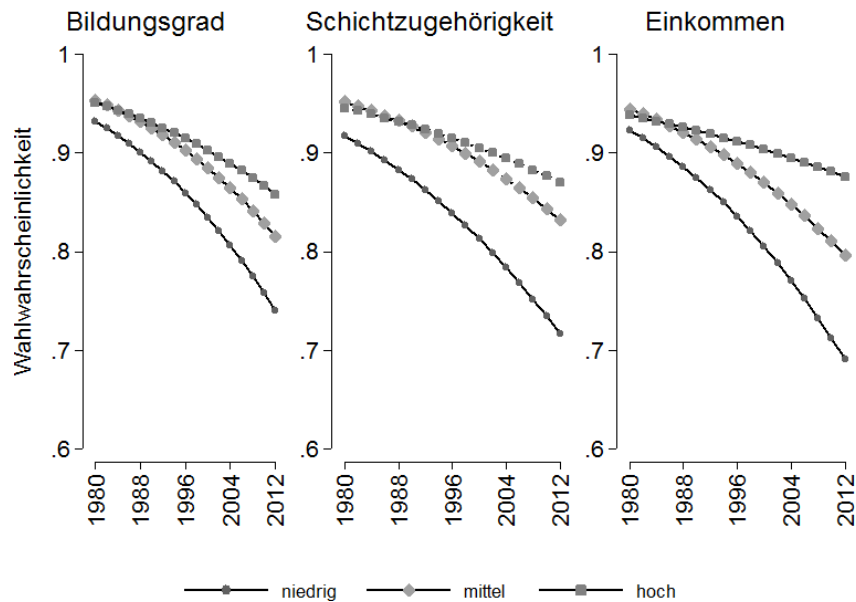
Wenn man die öffentliche Diskussion über die Wahlbeteiligung verfolgt, wird deutlich, dass die soziale Zusammensetzung der Nichtwähler häufig falsch eingeschätzt wird. So liest man in vielen Zeitungskommentaren, dass die Nichtwahl in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei (Schäfer 2011, S. 133). Auch in der politikwissenschaftlichen Forschung findet sich diese Annahme. Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung bildeten nicht länger „randständige Gruppen“ den Kern der Wahlabstinenten, wie dies bei Lavies' (1973) Untersuchung noch der Fall war, sondern Nichtwählerinnen und Nichtwähler fänden sich heute in allen Gesellschaftsschichten: „Die Nivellierung sozialer Unterschiede bei einem gleichzeitig höheren Niveau der Wahlenthaltung von über 20 Prozent signalisiert, daß mittlerweile ein beträchtlicher Teil der Nichtwählerschaft aus der Mittelschicht stammt. [...] Neben Sozialschwächeren finden sich in der Gruppe der Nichtwähler sowohl eine große Zahl von Höhergebildeten als auch Bürger mit mittlerem und höherem sozio-ökonomischen Status“ (Kleinhenz 1995, S. 116).

Ganz ähnlich lautet die Diagnose von Roth und Wüst (2007, S. 400): „Die soziale Struktur der Nichtwähler ist dabei im Vergleich zu der von Wählern nahezu unauffällig. Das heißt, Nichtwähler kommen inzwischen – im Gegensatz zu den Erkenntnissen der früheren Bundesrepublik – aus allen gesellschaftlichen Gruppen.“

Um klarer zu sehen, ob diese Einschätzungen zutreffen, werden nun die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen im Zeitverlauf und die Zusammensetzung der Nichtwähler untersucht.

In allen drei Teilgrafiken von Abbildung 2.1 werden die Befragten in drei Gruppen aufgeteilt und die Veränderung der Wahlbeteiligung im Zeitverlauf dargestellt. Für alle Gruppen gilt, dass die Wahlenthaltung zunimmt, was auf den ersten Blick die These einer wachsenden Heterogenität der Nichtwählerinnen und -wähler bestätigt. Dennoch bestehen systematische Unterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit sozialer Gruppen, die über die Zeit zunehmen. Am stärksten sinkt die Wahlbeteiligung bei denjenigen mit geringer Bildung, niedriger Schichtzugehörigkeit und geringem Einkommen. Die positiven Werte der Interaktionseffekte in Tabelle 3 (siehe Anhang) zeigen zudem an, dass der negative Trend in der Wahlbeteiligung für Befragte mit höherer Bildung, Schichtzugehörigkeit und höherem Einkommen abgeschwächt wird, sodass sich die Wahlteilnahme auffächert. Weitere, hier nicht dargestellte Analysen zeigen, dass die Unterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit am Anfang des betrachteten Zeitraums häufig nicht statistisch signifikant sind, es aber über die Zeit werden. So unterscheidet sich beispielsweise die Beteiligung von Befragten mit mittlerer Reife erst ab 1992 signifikant von derjenigen der Personen mit höchstens Hauptschulabschluss, und auch der Unterschied zwischen denjenigen mit Fachhochschulreife und jenen mit mittlerer Reife erreicht erst dann statistische Signifikanz. Auch wenn ihre Wahlteilnahme sinkt, so lässt sich festhalten, sind Hochgebildete und Besserverdienende nicht typische Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Liegen 1980 nur zwei Prozentpunkte zwischen den Niedrig- und Hochgebildeten, sind es 2010 knapp 13 Prozentpunkte, selbst wenn Altersunterschiede und das politische Interesse bereits berücksichtigt sind. Zwischen dem unteren Einkommensdrittel und dem oberen liegen am Ende des betrachteten Zeitraums sogar 20 Prozentpunkte. Somit lässt sich die Annahme klar widerlegen, dass sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler am Ende des betrachteten Zeitraums gleichmäßiger über Einkommensklassen verteilen als am Anfang. Im Gegenteil, die Unterschiede haben zugenommen.

Abbildung 2.1: Die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen, 1980–2012



Daten: ALLBUS (1980–2008; 2010; 2012).

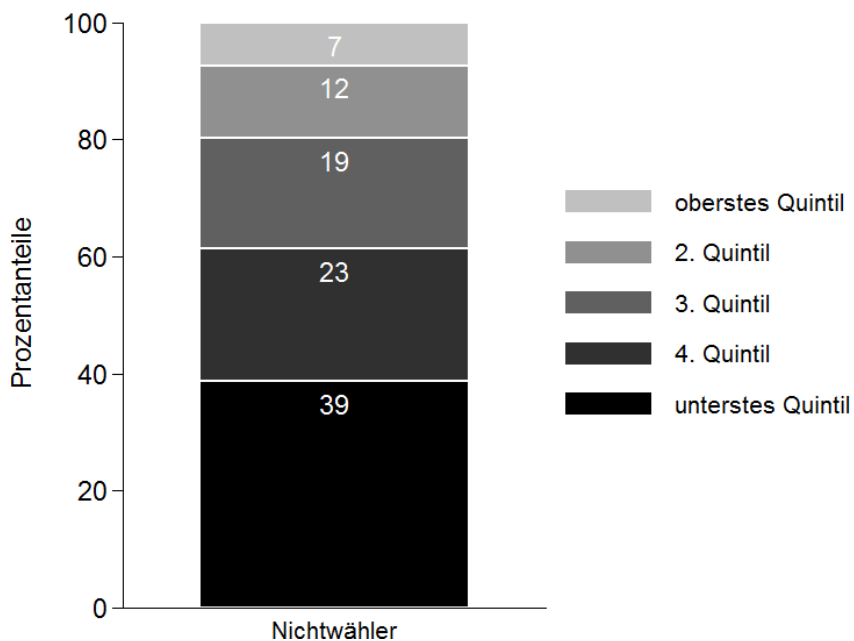
Abgebildet sind die aus einer logistischen Regression ermittelten Wahlwahrscheinlichkeiten unterschiedlicher sozialer Gruppen, wenn Alter, Geschlecht und politisches Interesse konstant gehalten werden. Siehe Tabelle 3.

Ein Problem der bisherigen Darstellung ist, dass zumindest beim Schulabschluss und der Schichtzugehörigkeit die Gruppenstärke nicht beachtet wird. Denn obwohl sich der Bildungsgrad heute stärker als in der Vergangenheit auf die Wahlenthaltung auswirkt, muss der Anteil der gering Gebildeten an den Nichtwählern nicht steigen, da heute weniger Menschen zu dieser Gruppe gehören. Noch 1980 gaben zwei Drittel der Befragten einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss an – 2012 sind es weniger als 40 Prozent. Umgekehrt verhält es sich mit Befragten mit (mindestens) Fachhochschulabschluss: Am Anfang des betrachteten Zeitraums gehörten nur 15 Prozent zu dieser Gruppe, am Ende jedoch jeder Dritte. Das Problem einer sich verändernden Gruppengröße fällt jedoch weg, wenn gleich große Einkommensgruppen gebildet werden. In Abbildung 2.2 wird die soziale Schichtung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler für die Bundestagswahl 2013 anhand von fünf Einkommensgruppen dargestellt. Erneut zeigt sich, dass Menschen mit geringem Einkommen deutlich



überrepräsentiert sind, wohingegen die Gruppe mit dem höchsten Einkommen weit unter Gruppenstärke unter den Nichtwählerinnen und -wählern vertreten ist.

Abbildung 2.2: Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013 nach Einkommensquintilen



Daten: GLES (2013).

## 2.2 Wer von den Jungen bleibt der Wahlurne fern?

Seit Langem ist bekannt, dass das Lebensalter die politische Partizipationsbereitschaft und die Beteiligung an Wahlen beeinflusst. Jüngere Menschen wählen seltener als ältere. Typischerweise verläuft das Wahlverhalten im Lebenszyklus s-förmig (Abendschön und Roßteutscher 2011, S. 63–64): Erstwähler nehmen das neu erhaltene Wahlrecht relativ häufig in Anspruch, doch bei der zweiten und dritten Wahl – also mit Mitte 20 – sinkt die Beteiligungsrate ab (Lavies 1973, S. 107–109). Die Ursache liegt in der familiären Situation und in der höheren räumlichen Mobilität wäh-

rend der Ausbildungsphase (Eilfort 1994, S. 193–194). Während die Bindung zum Elternhaus schwächer wird, steht in vielen Fällen die eigene Familiengründung oder eine feste Partnerschaft noch aus. In einer solchen beruflichen und familiären Findungsphase ist die soziale Integration geringer und die Wahlbeteiligung niedriger. Ab Anfang 30 ändert sich dies und die Wahlbereitschaft steigt. Dieser Prozess setzt sich bis in das siebte Lebensjahrzehnt fort und fällt erst bei den über 70-Jährigen wieder ab. Die höchste Wahlbeteiligung weisen demnach die Altersgruppen zwischen 40 und 70 auf. Neben diesem lebenszyklischen Verlauf gibt es generationspezifische Erfahrungen, die das eigene Wahlverhalten prägen (Goerres 2007, S. 108–109; 2010, S. 104–109). So wird angenommen, dass die politische Sozialisierung in jungen Jahren erfolgt und eine dauerhafte Prägung hinterlässt. Wer in den späten 60er- und frühen 70er-Jahren jung war, wurde in einer Phase starker Politisierung und hoher Wahlbeteiligung sozialisiert, während dies für die 50er- oder auch die 80er-Jahre in geringem Maß gilt.

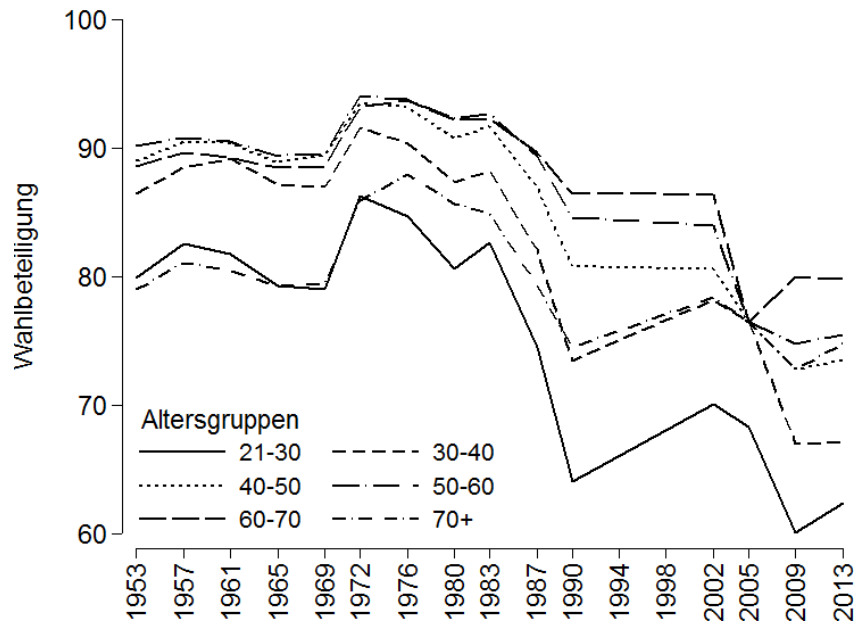
Die Beteiligungsdaten verschiedener Altersgruppen für die Wahlen zwischen 1953 und 2013 lassen sich der vom Bundeswahlleiter bereitgestellten „repräsentativen Wahlstatistik“ entnehmen (Abbildung 2.3). Der Blick auf den Kurvenverlauf bestätigt, dass ältere Bürgerinnen und Bürger in größerem Umfang an Wahlen teilnehmen als jüngere. Die höchsten Beteiligungsdaten finden sich bei den 50- bis 70-Jährigen, die niedrigsten bei den unter 30-Jährigen sowie seit 2009 bei den 30- bis 40-Jährigen. Dieses Muster ist im Zeitverlauf weitgehend stabil und die Beteiligungsdaten verlaufen bis Ende der 80er-Jahre parallel zueinander. Für den Zeitraum von 1953 bis 1987 liegen durchgängig etwa zehn Prozentpunkte zwischen den Beteiligungsdaten der Altersgruppen. Eine stärkere Spreizung der Wahlbeteiligung findet nach 1990 statt. Der Abstand zwischen den 60- bis 70-Jährigen einerseits und den 20- bis 30-Jährigen andererseits wächst auf fast 20 Prozentpunkte an.<sup>3</sup> Aus der Abbildung geht auch hervor, dass die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen sinkt. Obwohl die Beteiligungsdaten zu jedem einzelnen Zeitpunkt dem Lebenszyklusmodell entsprechen, geben in allen Altersgruppen 2013 weniger Wahlberechtigte ihre Stimme

---

3 Die Beteiligungsunterschiede zwischen unterschiedlichen Altersgruppen gehen mit unterschiedlichen Koalitionspräferenzen einher, wie Schmidt (2009, S. 278–279) zeigt: Noch erwerbstätige und jüngere Wähler bevorzugen Mitte-links-Parteien, während Rentnerinnen und Rentner das bürgerlich-liberale Parteienlager stützen.

ab als in den 70er-Jahren, was dafür spricht, dass neben dem Lebenszyklus- auch Perioden- oder Kohorteneffekte vorliegen (Rattinger 1994).

Abbildung 2.3: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen



Daten: BWL (2010, S. 73; 2014, S. 11).

Erläuterung: Für 1994 und 1998 liegen keine Daten vor, sodass für beide Wahlen der Trend fortgeschrieben wird. Für die untersten drei Altersgruppen wurde aus jeweils zwei Untergruppen der Mittelwert gebildet.

In Abbildung 2.4 werden zwei Erklärungsmodelle der Wahlteilnahme miteinander verglichen, die alle drei Effekte einfangen.<sup>4</sup> Das erste Modell – gekennzeichnet durch dunkle Kreise – berücksichtigt neben Geschlecht, Bildung und politischem Interesse zwar das Alter, nicht aber die Generationszugehörigkeit. Der Periodeneffekt wird durch den allgemeinen Trend in der Wahlbeteiligung erfasst, indem die Beteiligungsrate der vorange-

4 Da Umfragen aus drei Jahrzehnten analysiert werden, sind Alter, Generationszugehörigkeit und Periode keine redundanten Informationen, wie es bei einer einzelnen Umfrage der Fall wäre. Für eine ähnliche Vorgehensweise siehe Blais et al. (2004).

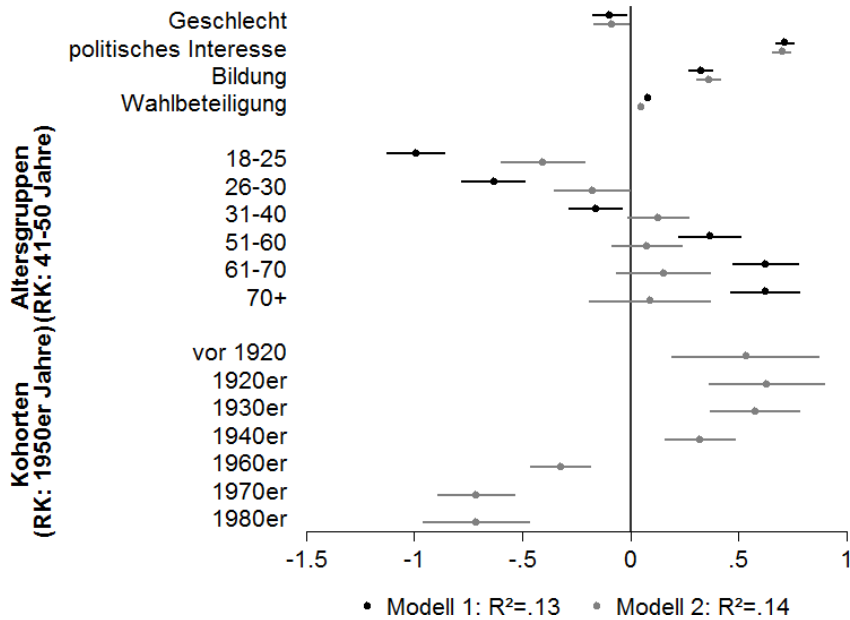
gangenen Bundestagswahl in das Modell eingeschlossen wird (Abendschön und Roßteutscher 2011, S. 70). Die Analyse zeigt, dass das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss hat, aber eine höhere formale Bildung sowie das politische Interesse die Bereitschaft zur Stimmabgabe steigern. Der signifikante Koeffizient für die Wahlbeteiligung zeigt an, dass die individuelle Beteiligung durch den allgemeinen Trend beeinflusst wird – eine kollektiv rückläufige Wahlbeteiligung führt auch zu einer individuell niedrigeren Wahlbereitschaft. Werden die Beteiligungsdaten der verschiedenen Altersgruppen mit der Referenzgruppe der 40- bis 50-Jährigen verglichen, bestätigt sich, dass jüngere Altersgruppen seltener und ältere signifikant häufiger wählen. Auf den ersten Blick stützt dies die Lebenszyklusthese. Im zweiten Modell wird zusätzlich die Kohortenzugehörigkeit berücksichtigt, was interessante Verschiebungen zur Folge hat.<sup>5</sup> Weiterhin liegt die Wahlteilnahme jüngerer Altersgruppen unterhalb derjenigen der Vergleichsgruppe, doch die höhere Beteiligung älterer Menschen ist nun nicht mehr statistisch signifikant – obwohl sie in der Tendenz bestehen bleibt. Diese Veränderungen erklären sich durch die Kohortenzugehörigkeit, die sich bei den zwischen 1920 und 1950 Geborenen positiv, für die Geburtsjahrgänge ab 1960 jedoch negativ auf die Beteiligung auswirkt.

Bis zu diesem Punkt der Argumentation wurde angenommen, dass sich Lebenszyklus- und Kohorteneffekte auf Befragte gleichen Alters gleich auswirken, so als gäbe es eine einheitliche Generationenerfahrung, die nicht ihrerseits durch die Schichtzugehörigkeit gefiltert wird. Tatsächlich entwickelt sich die Wahlbereitschaft der heute Jüngeren aber sehr unterschiedlich. Es sind nicht „die Jungen“, die nicht mehr wählen, sondern insbesondere junge Menschen unterer Schichten. Abbildung 2.5 schlüsselt die durchschnittliche Wahlteilnahme unterschiedlicher Altersgruppen und Kohorten nach dem Bildungsgrad auf. Dabei zeigt sich in der linken Teilgrafik, dass die Beteiligungsdaten der gering gebildeten Jungen nicht nur sehr viel niedriger als die der Älteren, sondern auch als die ihrer höher gebildeten Altersgenossen ausfallen (siehe auch Goerres 2007, S. 103). Nicht einmal jeder zweite unter 30-Jährige, der höchstens über einen Haupt-

---

5 Die Kohortenzugehörigkeit wird hier durch das Geburtsjahrzehnt bestimmt. Angemessener wäre es, Zeiträume nach prägenden politischen Ereignissen zu ordnen. Dies wirft allerdings die Schwierigkeit auf, diese Ereignisse zweifelsfrei zu identifizieren und Erfahrungszeiträume abzugrenzen. Da die Kohortenzugehörigkeit nicht im Zentrum dieser Arbeit steht, wird der Versuch einer solchen Einteilung unterlassen.

Abbildung 2.4: Individuelle Wahlbeteiligung: Alters- und Kohorteneffekte



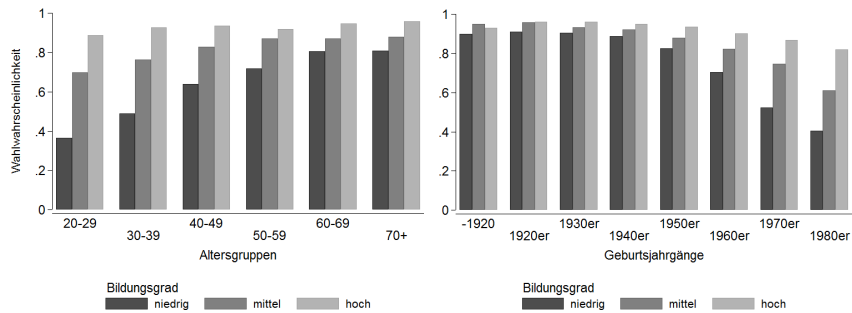
Daten: ALLBUS (1980–2008; 2010; 2012).

Erläuterung: Dargestellt sind die Koeffizienten und Konfidenzintervalle von zwei logistischen Regressionsmodellen, mit denen die Wahlteilnahme geschätzt wird. Wenn die Konfidenzintervalle die Nulllinie nicht schneiden, besteht ein auf dem 95-Prozent-Niveau signifikanter Effekt. Siehe Tabelle 4.

schulabschluss verfügt, gibt an, bei der Bundestagswahl 2013 gewählt zu haben. Dagegen reklamieren dies mehr als 80 Prozent derselben Altersgruppe mit mindestens Fachhochschulreife für sich. Die rechte Teilgrafik belegt ebenfalls, wie die Beteiligungsunterschiede bei jeder Kohorte seit 1950 zunehmen, während der Bildungsgrad bei den früheren Geburtsjahrgängen die Wahlteilnahme kaum beeinflusst.

Armin Schäfer

Abbildung 2.5: Wahlbeteiligung unterschiedlicher Alterskohorten und -gruppen nach Bildungsgrad



Daten: linke Teilgrafik: GLES (2013); rechte Teilgrafik: ALLBUS (1980–2008; 2010; 2012).

Erläuterung: Der Bildungsgrad orientiert sich an den Schulabschlüssen. Die Gruppe mit niedrigem Bildungsgrad enthält alle Befragten, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, die mittlere Gruppe diejenigen mit mittlerer Reife und die Gruppe mit hoher Bildung alle Befragten, die die Schule mindestens mit Fachhochschulreife verlassen haben.

Die Überlagerung des Lebenszykluseffekts durch den Kohorteneffekt erklärt die rückläufige Wahlbeteiligung und legt nahe, dass die Wahlbeteiligung weiter sinken wird (Becker 2002, S. 257–258). Die ältesten Kohorten, die in den ersten ALLBUS-Wellen erfasst wurden, sind in Teilen bereits verstorben und die vor 1950 Geborenen in einem Alter, wo die Beteiligung lebenszyklisch sinkt. Wer 2013 zwischen 50 und 70 Jahre alt war, hat zwar mit höherer Wahrscheinlichkeit gewählt als die 20- bis 30-Jährigen, aber doch in geringerem Umfang als dieselbe Altersgruppe 20 Jahre früher. Je mehr sich die Kohortenzusammensetzung der Wahlberechtigten verjüngt, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Zum anderen sind die Beteiligungsunterschiede bei den Kohorten ab 1960 größer als bei älteren Kohorten. Die Wahlbeteiligung fällt folglich nicht nur, sondern sie wird auch sozial ungleicher.

### 2.3 Nichtwähler neuen Typs?

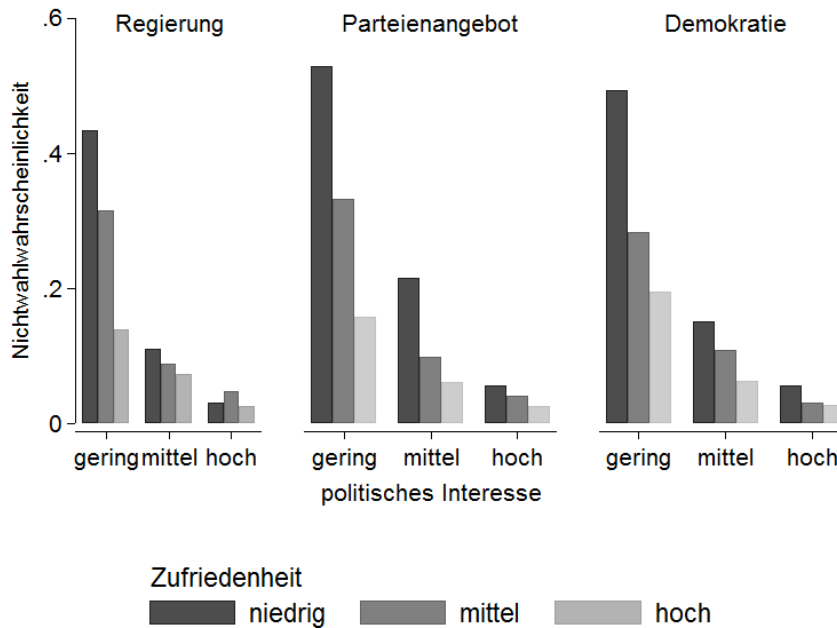
Besondere Aufmerksamkeit hat die These auf sich gezogen, dass eine wachsende Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zwar politisch interessiert, aber unzufrieden sei. Mit den „bekennenden Nichtwählern“, so

das Argument, entstehe eine neue, politische Form der Wahlenthaltung: „Nach wie vor gibt es apathische, unpolitische und gleichgültige Nichtwähler. Es gibt nun aber auch in großer Zahl politisch interessierte, informierte und bewußt handelnde Bürger, für die die Wahlenthaltung nur eine von vielen Optionen darstellt. Die Wahl der Wahlabstinenz kann dabei unterschiedliches ausdrücken, einen Protest gegen die Politik insgesamt wie auch die Unzufriedenheit mit dem personellen und programmatischen Angebot, das die Politik offeriert. Sie kann als einmalige Sanktion angewendet werden, um eine Partei wieder auf den ‚rechten‘ Kurs zu bringen, und sie kann der erste Schritt auf dem Weg zu einem ‚lauteren‘ Protest sein“ (Eilfort 1994, S. 335).

Nun steht außer Frage, dass es unter den 18 Millionen Nichtwählerinnen und Nichtwählern bei der Bundestagswahl 2013 auch politisch stark interessierte, aber unzufriedene Bürgerinnen und Bürger gab. Zu klären ist jedoch, ob dieser Nichtwählertyp „in großer Zahl“ vorkommt, wie Eilfort schreibt. Um dies zu ermitteln, werden die Befragten in jeweils drei Gruppen eingeteilt, die das politische Interesse und die Unzufriedenheit erfassen. Politische Unzufriedenheit kann sich dabei auf die Arbeit der amtierenden Bundesregierung, das Angebot der politischen Parteien insgesamt oder auf die Funktionsweise der Demokratie beziehen. In Abbildung 2.6 werden die Nichtwähleranteile der verschiedenen Merkmalskombinationen dargestellt. Dabei zeigt sich in allen drei Teilgrafiken, dass die politisch gering Interessierten in größerem Umfang nicht wählen als Befragte, die sich mittel oder stark für Politik interessieren. Gleichzeitig gilt für jede der neun Teilgruppen, dass Unzufriedene häufiger zur Nichtwahl neigen als Zufriedene, wobei die Unterschiede zwischen ihnen bei den politisch stark Interessierten kleiner als bei denjenigen mit geringem Interesse ausfallen. Nichtwählerinnen und Nichtwähler, so lässt sich aus der Darstellung ablesen, finden sich in besonders großer Zahl unter den *wenig Interessierten* und *stark Unzufriedenen*. Sie gehören, so legen es diese Vergleiche nahe, viel häufiger zum alten als zum neuen Typ – denn die Kombination aus Politikferne und Unzufriedenheit führt zur Nichtwahl.

Armin Schäfer

Abbildung 2.6: Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Abhängigkeit von politischem Interesse und Zufriedenheit



Daten: GLES (2013).

Fragetexte:

- (1) „Nun zur derzeitigen Bundesregierung in Berlin. Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP in den letzten vier Jahren eher zufrieden oder eher unzufrieden?“
- (2) „Und sind Sie mit der Bandbreite der politischen Angebote und Lösungsvorschläge, die die Parteien im Wahlkampf gemacht haben, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“
- (3) „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

Hinzu kommt, dass die Merkmalskombination aus großer Unzufriedenheit und starkem politischem Interesse selten vorkommt. Nur fünf Prozent aller Befragten geben an, mit der Funktionsweise der Demokratie sehr unzufrieden zu sein und sich gleichzeitig stark für Politik zu interessieren. Das gleiche Bild ergibt sich für die beiden anderen Indikatoren politischer Zufriedenheit. Wer sich für Politik interessiert, ist weit seltener unzufrieden als Desinteressierte. Dies führt dazu, dass die Nichtwähler neuen Typs weniger als drei Prozent der sich in Umfragen bekennenden Nichtwählerin-



nen und Nichtwähler ausmachen – sie stellen somit eine eher exotische Gruppe unter ihnen dar. Selbst wenn man mittleres und starkes Politikinteresse zusammenfasst, fällt nur einer von acht Wahlabstinenten in diese Gruppe. Im Gegensatz dazu sind 40 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler wenig interessiert und gleichzeitig unzufrieden, und mehr als zwei Drittel von ihnen weisen ein geringes Interesse an Politik auf. Nichts spricht empirisch dafür, dass „bekennende Nichtwähler“ mehr als eine kleine Minderheit unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern sind (Gabriel und Völkl 2004, S. 214).

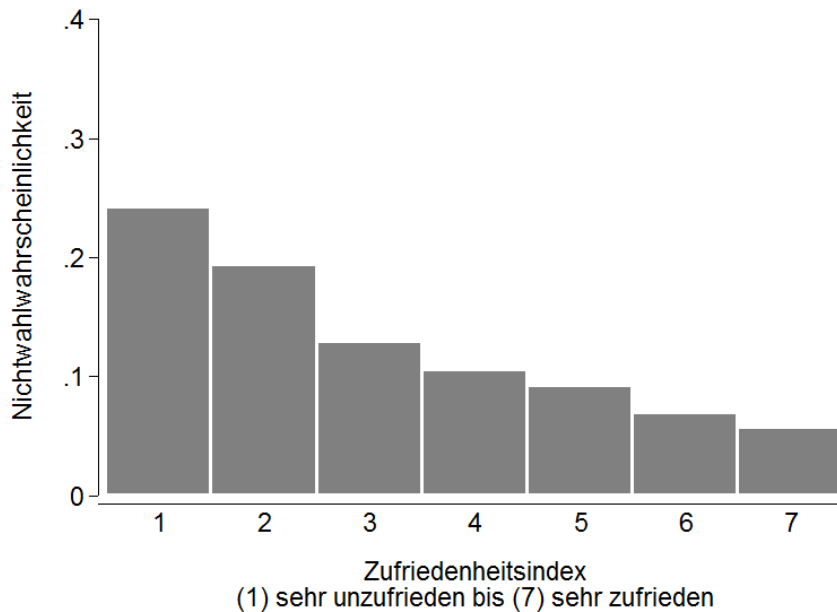
Die Diskussion bis hierhin verdeutlicht, dass auch eine zweite These irreführend ist, auch wenn sie immer wieder öffentlich vertreten wird. So argumentierte der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter in einem Interview am Vortag der Bundestagswahl 2009, dass ihn die Wahlbeteiligung nicht sonderlich interessiere, weil sich unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern „viele Leute [finden], die mit der allgemeinen Lage zufrieden sind und nicht glauben, dass sie unbedingt wählen müssen“ (Süddeutsche Zeitung, 26. September 2009). Wäre diese Aussage richtig, müsste man sich weniger Sorgen über die sinkende Wahlbeteiligung machen, denn diese würde Zufriedenheit ausdrücken und eine geringe Beteiligung könnte dann sogar als Gütesiegel der Demokratie verstanden werden. Doch leider entspricht diese Sichtweise nicht der Wirklichkeit. Die drei oben bereits verwendeten Kriterien politischer Zufriedenheit lassen sich zu einem Gesamtindex kombinieren, der den Grad an Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 7 (zufrieden) misst, wobei 1 für diejenigen steht, die mit Blick auf das Parteienangebot, die amtierende Regierung und die Funktionsweise der Demokratie jeweils den niedrigsten Wert angeben, und der Wert 7 diejenigen kennzeichnet, die jeweils den höchsten Wert angeben, weil sie sehr zufrieden sind.<sup>6</sup> Ermittelt man nun, wie sich die Zufriedenheit auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, nicht zu wählen, ergibt sich ein eindeutiges Bild (Abbildung 2.7): Je zufriedener Befragte sind, desto seltener verzichten sie auf die Stimmabgabe, während die Unzufriedenen am Wahltag zu Hause bleiben. Eine niedrige Wahlbeteiligung kann nicht als Zeichen politischer Zufriedenheit gedeutet werden.

---

<sup>6</sup> Die Skala reicht von 3 bis 9, aber ich habe sie so codiert, dass sie Werte von 1 bis 7 umfasst.

Armin Schäfer

Abbildung 2.7: Einfluss der politischen Zufriedenheit auf die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen



Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Dargestellt ist, wie sich die Wahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Zufriedenheitsindex ändert, wenn Alter, Geschlecht, Bildung und politisches Interesse konstant gehalten werden. Der Zufriedenheitsindex wird als Summe aus der Zufriedenheit mit der Regierung, den Parteienangeboten und der Funktionsweise der Demokratie gebildet. Siehe Tabelle 5.

#### 2.4 Die soziale Logik der Nichtwahl

In der Wahlforschung werden häufig zwei Ansätze unterschieden, die das Wahlverhalten erklären sollen. Zum einen gibt es den „soziologischen“ Ansatz, der durch die Arbeiten von Paul Lazarsfeld und seinen Kollegen an der Columbia-Universität geprägt wurde (Berelson et al. 1954; Lazarsfeld et al. 1969). Im Zentrum steht die Frage, wie durch Gruppenzugehörigkeit und soziale Kontakte Parteipräferenzen entstehen. Dabei wird vorausgesetzt, dass sich Menschen in sozial relativ homogenen Netzwerken bewegen und durch die dort vorherrschenden Normen geprägt werden (ausführlich hierzu Schoen 2005). Zum anderen wird der „sozialpsycholo-

gische“ Ansatz häufig als Gegenpart begriffen, weil die Betonung weniger auf der Gruppenzugehörigkeit als vielmehr auf zwischen sozialer Lage und Verhalten vermittelnden Orientierungen liegt. Zentrale Variablen, die von Angus Campbell und Kollegen in Michigan als prägend für das Wahlverhalten identifiziert wurden, sind neben der Themen- und Kandidatenorientierung die Parteiidentifikation, das politische Selbstvertrauen (*political efficacy*) und die Akzeptanz der Wahlnorm (siehe Schoen und Weins 2005). Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen gibt es in den Veröffentlichungen beider Schulen Überschneidungen. Beispielsweise zeigen Campbell et al. (1971 [1954]: Anhang), wie politische Einstellungen durch die soziale Lage und das persönliche Nahumfeld geprägt werden. Dennoch gibt es eine Neigung, beide Ansätze als konkurrierende Erklärungsangebote anzusehen, um dann auf der Grundlage von Regressionsmodellen, die eine Vielzahl von soziodemografischen und Einstellungsvariablen enthalten, zu testen, welche Faktoren die stärkste Erklärungskraft besitzen: „In den alten Bundesländern wird die Wahlenthaltung vor allem von der Parteiidentifikation bzw. – genauer – von ihrer Abwesenheit und einem geringen politischen Interesse, gefolgt von politischer Entfremdung und allgemeiner Anomie, also hauptsächlich von mentalen Faktoren, beeinflusst. [...] Der von den sozialen Faktoren wie dem Alter, der Schulbildung, dem Einkommen, der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Kirchenbindung ausgehende Effekt ist dagegen vergleichsweise gering, wenn nicht sogar vernachlässigbar“ (Falter und Schumann 1994, S. 200).

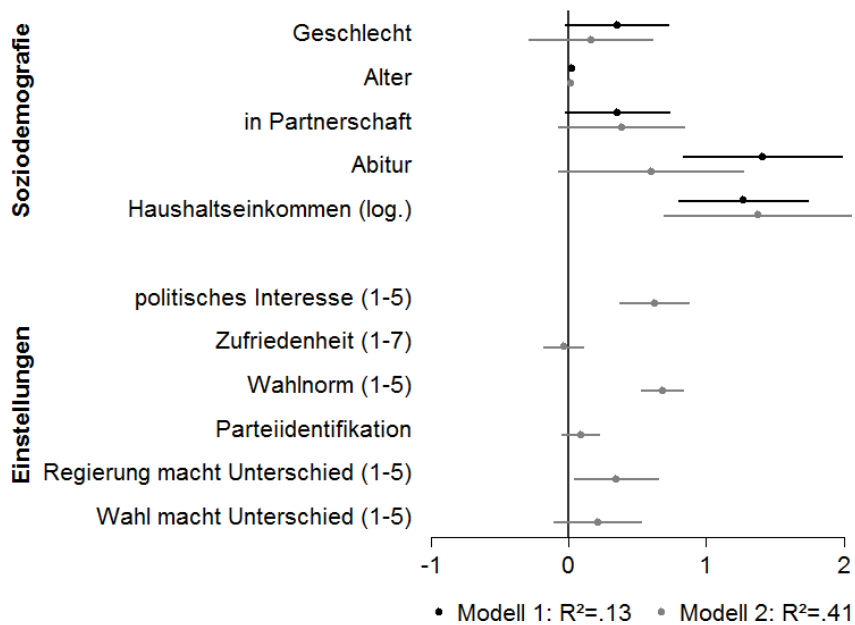
Ganz ähnlich lautet die Einschätzung von Steinbrecher und Rattinger (2011, S. 87): „Insgesamt sind also politische Einstellungen deutlich wichtiger für die Erklärung der Wahlbeteiligung, wenn man den Einfluss einer Vielzahl von Faktoren gleichzeitig untersucht.“

Um zu sehen, wie soziologische und sozialpsychologische Faktoren zusammenspielen, werden in einem ersten Schritt zwei Modelle verglichen, die die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 erklären sollen (Abbildung 2.8). Das erste Modell – gekennzeichnet durch dunkle Kreise – schließt nur demografische Variablen ein. Höhere Bildung und höheres Einkommen erhöhen die Wahlteilnahme. Dies gilt zumindest für das Einkommen auch dann, wenn wie im zweiten Modell weitere Variablen eingeschlossen werden. Daneben wirken sich insbesondere das politische Interesse sowie die Akzeptanz der Wahlnorm und die Überzeugung, dass Wahlen einen

Armin Schäfer

Unterschied machen, positiv auf die Wahlbereitschaft aus.<sup>7</sup> Der Erklärungswert ist, wie das Bestimmtheitsmaß zeigt, im zweiten Modell höher, wobei jedoch soziodemografische Faktoren keineswegs „vernachlässigbar“ sind. Berechnet man die Wahrscheinlichkeit zu wählen für Befragte aus dem unteren und aus dem oberen Einkommensfünftel, liegen acht Prozentpunkte zwischen ihnen – selbst wenn unterstellt wird, sie unterscheiden sich sonst nicht.

Abbildung 2.8: Modellvergleich zur Teilnahme an der Bundestagswahl 2013



Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Dargestellt sind die Koeffizienten aus einer logistischen Regression sowie die 95-Prozent-Konfidenzintervalle. Die Werte in Klammern geben die Antwortmöglichkeiten jeweils von niedrig oder ablehnend bis hoch oder zustimmend an. Siehe Tabelle 6.

7 Multikollinearität ist kein Problem; der *variance inflation factor* liegt in allen Fällen unter 3.

Die Analysen dieses Kapitels zielen nicht in erster Linie darauf, ein umfassendes Modell der Wahlteilnahme zu erstellen, das einen möglichst hohen Anteil der Varianz erklärt; Hauptanliegen ist es, Muster der Nichtwahl zu identifizieren. Deshalb wird in einem zweiten Schritt gefragt, wie sich wahlfördernde Einstellungen auf unterschiedliche soziale Gruppen verteilen. Schon Campbell et al. (1971 [1954], S. 198) zeigen, dass mit steigendem Einkommen die Akzeptanz „staatsbürgerlicher Pflichten“ zunimmt, wie etwa die gefühlte Pflicht zu wählen. Abbildung 2.9 greift dies auf und bildet für jedes Einkommensfünftel die durchschnittliche Zustimmung zu sechs die Wahlteilnahme fördernden Einstellungen ab. In allen Fällen steigt der Anteil der Zustimmenden mit dem Einkommen. Zwischen den einkommensstärksten und den ärmsten Befragten bestehen erhebliche Unterschiede im Grad der Zustimmung. Ob jemand Überzeugungen und Interessen hat, die zur Stimmabgabe bei Wahlen führen, hängt systematisch von seiner sozialen Lage ab.<sup>8</sup>

Besonderes Augenmerk legt der soziologische Ansatz darauf, wie sich Einstellungen innerhalb von Gruppen herausbilden. Homogene Netzwerke verstärken die eigene Meinung, während Netzwerke, in denen widerstrebende Normen herrschen, zu Verunsicherung führen können. Status- und Einstellungsähnlichkeit erhöhen die Wahrscheinlichkeit, Teil desselben Netzwerks zu sein (im Überblick McPherson et al. 2001). Beispielsweise heiraten heute häufiger als in der Vergangenheit Menschen, die sich im sozialen Status und Bildungsniveau ähneln (Grünheid 2011; Heuzeroth und Dorbritz 2009). Und auch die über den Mietmarkt gesteuerte soziale Segregation führt dazu, dass Menschen mit ähnlichem Einkommen in räumlicher Nähe zueinander wohnen (Farwick 2012, S. 383–384; Friedrichs und Triemer 2008). Dies führt dazu, dass wer selbst eine geringe Wahlneigung hat, auch in der Familie und im Freundeskreis, unter Bekannten und im Wohnviertel häufiger auf andere trifft, die zur Nichtwahl neigen (Kleinhenz 1995, S. 187). Wenn die Einstellungen und das Verhalten anderer das eigene Denken und Handeln beeinflussen, entsteht eine „soziale Logik“ politischen Handelns: „How do people make political decisions? Much as they make many other decisions in life. They take into account the preferences, values, expectations, and perceptions of their family, friends, colleagues, and neighbors. People affect one another, and so any

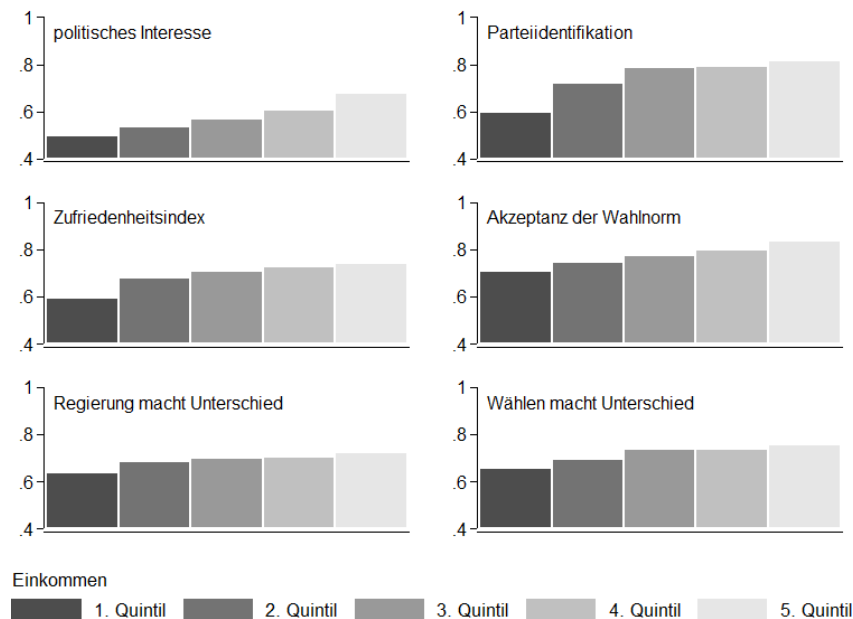
---

<sup>8</sup> In allen Fällen ergibt auch eine multivariate Überprüfung, die Alter, Geschlecht, Partnerschaft und Bildung einschließt, dass ein nicht zufälliger Zusammenhang zwischen dem Einkommen und diesen sechs Einstellungen besteht.

Armin Schäfer

one decision responds to the mix of views in a person's social networks. [...] people experience their lives and their thoughts in social relationships. As a result, there is a *social logic to their political choices*“ (Zuckerman 2007, S. 634; Hervorhebung nicht im Original).

Abbildung 2.9: Politische Einstellungen in Abhängigkeit vom Einkommen



Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Dargestellt ist die durchschnittliche Zustimmung der Befragten aus jedem Einkommensquintil. Die sechs Einstellungsvariablen wurden so codiert, dass sie immer zwischen 0 und 1 liegen.

Nicht nur die Entscheidung, welche Partei man wählt, sondern auch die Wahlteilnahme selbst wird durch die soziale Umwelt geprägt.<sup>9</sup> Wer in einer Befragung angibt, wahrscheinlich oder sicher nicht wählen zu wollen, dessen Gesprächspartner wählen häufig auch nicht, wie sich Abbildung 2.10 entnehmen lässt. 31 Prozent der Gesprächspartner derjenigen,

<sup>9</sup> Siehe hierzu die Simulationen und empirischen Tests in Rolfe (2012), die in Abgrenzung zum individualistischen *Rational-choice*-Ansatz eine *Conditional-choice*-Theorie des Wählens entwickelt.

die nicht zu wählen beabsichtigen, werden ebenfalls als Nichtwählerinnen und Nichtwähler eingeschätzt, während das nur für sieben Prozent der Gesprächspartner gilt, wenn man zu wählen beabsichtigt. Fast drei Viertel der politischen Gespräche von Wählern werden mit anderen Wählern geführt, jedes zweite bei den Nichtwählern.<sup>10</sup> In einem weiteren Analyseschritt lässt sich prüfen, ob zwischen der Einschätzung des Verhaltens des Gesprächspartners und der eigenen Wahlabsicht ein systematischer Zusammenhang besteht. Tabelle 7 im Anhang zeigt, dass die Wahlbereitschaft sinkt, wenn man mit Nichtwählerinnen und Nichtwählern über Politik redet, wohingegen das Gespräch mit anderen Wählerinnen und Wählern die eigene Wahlwahrscheinlichkeit erhöht. Unter sonst gleichen Umständen steigt der Nichtwähleranteil von 10 auf 17 Prozent, wenn der erste Gesprächspartner nicht wählt, und auf 27 Prozent, wenn dies auch für den zweiten Gesprächspartner gilt.<sup>11</sup> Nicht nur die Parteipräferenz, sondern auch die Teilnahme an Wahlen wird durch das persönliche Netzwerk beeinflusst. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung bestätigt den Einfluss von Kontextfaktoren. Sowohl für die Wahlbeteiligung als auch für die gefühlte Wahlpflicht werden deutliche Effekte des Freundes- und Bekanntenkreises nachgewiesen. Wer angibt, dass die meisten Personen des persönlichen Umfelds wählen werden, fühlt eine stärkere Verpflichtung, es ihnen gleichzutun, und weist eine höhere Wahlbereitschaft auf, selbst wenn andere individuelle Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden (Petersen et al. 2013, Kapitel 4).

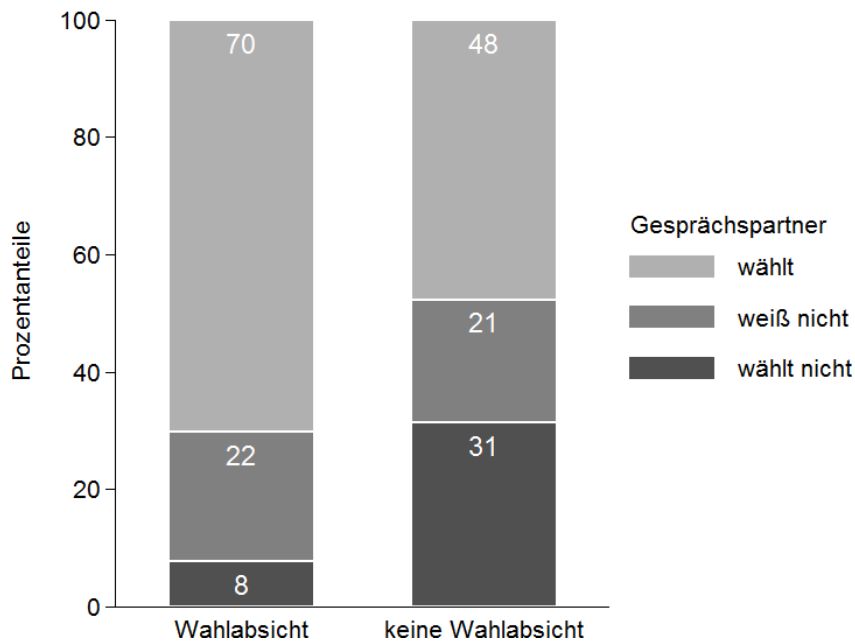
---

10 Hierbei ist erneut zu beachten, dass nur sieben Prozent der Befragten angeben, nicht wählen zu wollen, obwohl der Nichtwählerinnen- und Nichtwähleranteil bei der Bundestagswahl 2013 bei fast 30 Prozent lag.

11 Nicht geklärt werden kann mit diesen Daten, ob ein kausaler Zusammenhang vorliegt, denn es wird nur gezeigt, dass sich Befragte häufiger als Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu erkennen geben, wenn ihre Gesprächspartner auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind. Um zu ermitteln, ob dies Verhaltensänderungen bewirkt, müsste man erst die Wahlneigung bestimmen, dann müsste das politische Gespräch stattfinden, um anschließend mögliche Änderungen in der Wahlneigung zu erfassen. Ein solcher Vergleich wäre nur in einer experimentellen Studie möglich (siehe beispielsweise Nickerson 2008).

Armin Schäfer

Abbildung 2.10: Wahlabsicht der Gesprächspartner und -partnerinnen von Befragten mit und ohne Wahlabsicht



Daten: GLES (2013) RCS.

Neben dem unmittelbaren Kontakt im Familien- und Freundeskreis als Faktor der Wahlbereitschaft ist zu berücksichtigen, dass Menschen in Wohngegenden leben, die sich in der sozialen Zusammensetzung und der Wahlbeteiligung unterscheiden. In verschiedenen Studien konnte nachgewiesen werden, dass der räumliche Kontext die politische Partizipation beeinflusst (Giles und Dantico 1982; Huckfeldt 1979). Eine erste Annäherung an die Frage, wie sich die Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft auf die individuelle Wahlbereitschaft auswirkt, erlaubt eine Befragung zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg (siehe hierzu Schmitt-Beck et al. 2008).<sup>12</sup> Neben einer Fülle von Fragen zum politischen Interesse und zur Neigung, über Politik zu diskutieren, wird in dieser Erhebung ebenfalls die Einschätzung abgefragt, wie viele Bürgerinnen und Bürger im eigenen

<sup>12</sup> Ich danke Prof. Rüdiger Schmitt-Beck dafür, mir den Datensatz zur Sekundäranalyse überlassen zu haben.



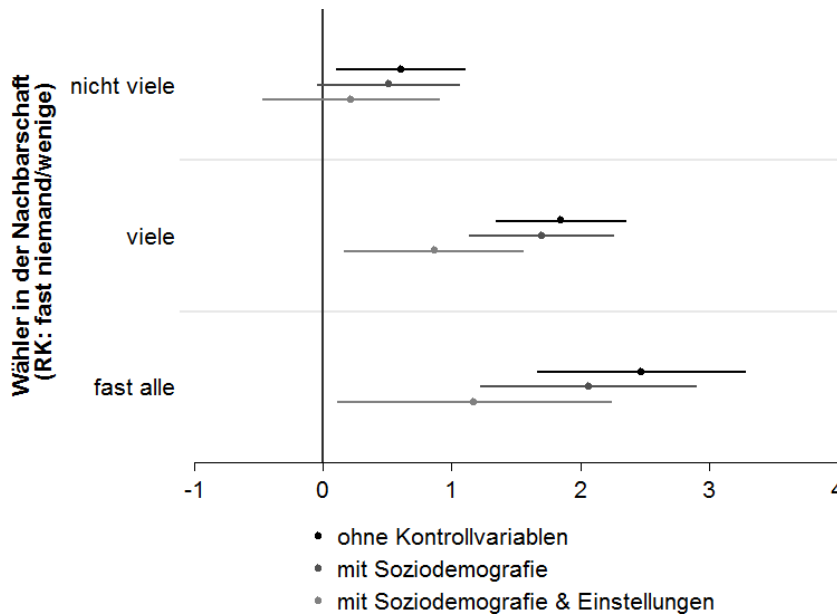
Stadtteil wählen („relativ wenige“, „durchschnittlich viele“, „sehr viele“). Selbst unter Kontrolle anderer Erklärungsfaktoren wie Alter, Bildung und politischen Interesses verändert die Einschätzung, wie viele Wähler in einem Stadtviertel wohnen, die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit (siehe Tabelle 8). Sie erhöht sich unter sonst gleichen Bedingungen um sechs Prozentpunkte, wenn jemand angibt, in einem Viertel mit „vielen“ statt in einer Gegend mit „wenigen“ Wählern zu leben. Auch das spricht für die soziale Logik des Wählens.

Dieselbe Art von Analyse lässt sich für die Bundestagswahl 2013 durchführen, bei der im Vorfeld nicht nur die individuelle Wahlabsicht, sondern auch die Einschätzung abgefragt wurde, wie viele Bürgerinnen und Bürger aus der eigenen Nachbarschaft wählen werden. Nur 53 Prozent derjenigen, die angaben, dass „fast niemand“ oder nur „wenige“ Bürger aus der Nachbarschaft wählten, beabsichtigten, selbst zu wählen. Dieser Wert steigt auf 88 Prozent, wenn „viele“ Nachbarn wählen, und sogar auf 93 Prozent, wenn die Einschätzung lautet, dass „fast alle“ von ihnen wählen. Das wahrgenommene Wahlverhalten in der Nachbarschaft übt einen signifikanten Effekt auf das eigene Verhalten aus, selbst wenn eine ganze Fülle von Individualmerkmalen beachtet wird, wie aus Abbildung 2.11 hervorgeht. Wer von seiner Nachbarschaft sagt, dass „fast alle“ dort wählen, beabsichtigt unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen, aber auch vom politischen Interesse oder der Parteiidentifikation mit höherer Wahrscheinlichkeit, auch selbst zu wählen.

Dieser Kontexteffekt ist für die Bewertung von Wahlbeteiligungsunterschieden besonders wichtig. Denn er besagt, dass Mietmarkt und sozialer Wohnungsbau nicht einfach nur Menschen mit unterschiedlicher Wahlbereitschaft in unterschiedliche Wohngegenden sortieren, sondern dass soziale Segregation auf deren Verhalten zurückwirkt. Selbst gebildete und politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger wählen seltener, wenn sie in einer Nichtwählerhochburg wohnen. Und die ohnehin geringere Wahlneigung sozial Benachteiligter wird zusätzlich verringert, wenn sie im Nahumfeld überproportional viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler erleben. In einer nicht segregierten Stadt, so lässt sich folgern, fielen die durchschnittliche Wahlbeteiligung somit höher und sozial weniger ungleich aus.

Armin Schäfer

Abbildung 2.11: Effekt des Wahlverhaltens in der Nachbarschaft auf die Wahlabsicht



Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Dargestellt sind die Koeffizienten sowie die Konfidenzintervalle eines logistischen Regressionsmodells, das die Wahlabsicht im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 schätzt. Siehe Tabelle 8.

## 2.5 Wahlkampf und Wählermobilisierung

„Why do citizens participate in political life? One way to think about this puzzle is to invert the question and ask why people don't take part in politics. Three answers immediately suggest themselves: because they can't, because they don't want to, or *because nobody asked*“ (Brady et al. 1995, S. 271; Hervorhebung nicht im Original).

Die ersten beiden im Zitat genannten Gründe für Nichtpartizipation wurden in den vorangegangenen Abschnitten behandelt. Nichtwählerinnen und Nichtwähler verfügen über geringere Ressourcen, sie interessieren sich weniger für Politik und ihnen fehlt der Glaube daran, dass Wahlen etwas verändern. Nicht beachtet wurde bisher der dritte Aspekt, der die politische Mobilisierung betrifft. Experimente zeigen, dass die Wahlbeteili-

gung durch Mobilisierungsanstrengungen erhöht werden kann (Karp et al. 2007). Insbesondere persönliche Kontakte erhöhen die Wahlwahrscheinlichkeit, dagegen sind telefonische Appelle weniger effektiv (Gerber und Green 2000; Pattie und Johnston 2003). Der Effekt von *Get-out-the-vote*-Initiativen wird in den meisten Studien vermutlich sogar unterschätzt, weil „Ansteckungseffekte“ nicht beachtet werden: Nicht nur bei den direkt angesprochenen Personen, so kann Nickerson (2008) zeigen, sondern auch bei deren Partnerinnen und Partnern steigt die Wahlwahrscheinlichkeit nach einem Kontakt an.<sup>13</sup>

Wahlberechtigte können auf verschiedene Weise mobilisiert werden. In der GLES-Befragung zur Bundestagswahl 2013 wurden zehn Wahlkampfinstrumente abgefragt, die Wähler zur Stimmabgabe bewegen sollten. Der Fokus lag allerdings weniger darauf, ob die Parteien aktiv auf potenzielle Wähler zugegangen waren, sondern vielmehr auf der Wahrnehmung des Wahlkampfs durch die Bürgerinnen und Bürger. Folgende Mobilisierungsinstrumente wurden abgefragt:

- Haben Sie Wahlveranstaltungen oder Kundgebungen von Parteien besucht?
- Haben Sie E-Mails oder SMS von Parteien erhalten?
- Haben Sie Informationsmaterial von Parteien wie zum Beispiel Flugblätter, Handzettel, Broschüren oder Postwurfsendungen gelesen?
- Haben Sie Wahlanzeigen von Parteien in Zeitungen oder Zeitschriften gelesen?
- Haben Sie Wahlplakate von Parteien oder Kandidaten gesehen?
- Haben Sie einen Wahlkampfstand oder mehrere Wahlkampfstände hier im Ort besucht?
- Haben Sie Werbesendungen von Parteien im Fernsehen gesehen?
- Wurden Sie direkt von einer Person angesprochen, zum Beispiel auf der Straße oder an Ihrer Wohnungs- bzw. Haustür?
- Wurden Sie telefonisch von Parteien kontaktiert?
- Wurden Sie über ein soziales Netzwerk im Internet, wie zum Beispiel Facebook, von Parteien kontaktiert?

---

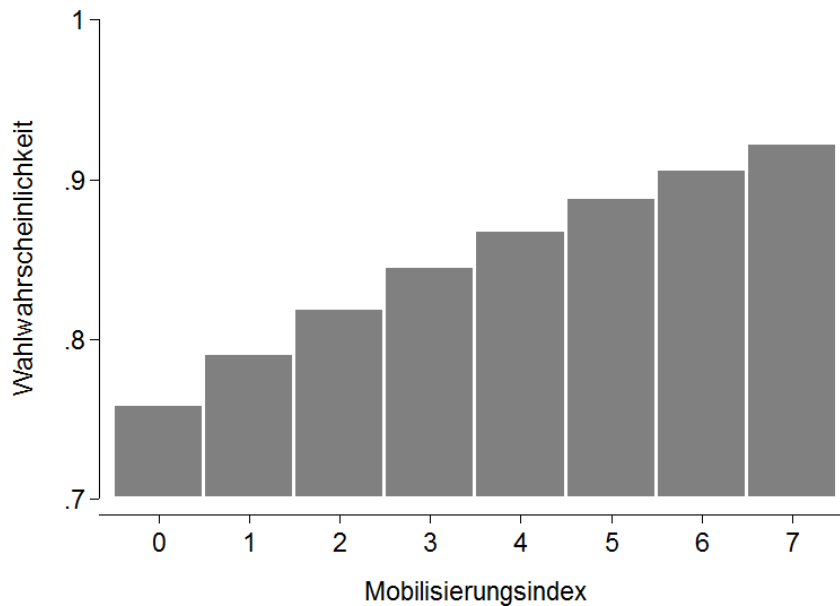
<sup>13</sup> Rolfe (2012) nimmt sogar an, dass der Stimmabgabe bei Wahlen immer eine direkte oder indirekte Mobilisierung vorausgeht, weil nur so potenzielle Wähler auf eine Wahl aufmerksam werden. Unterschiede in der Wahlbeteiligung bei verschiedenen Wahlarten können aus ihrer Sicht durch die Intensität der Mobilisierung erklärt werden.

Aus diesen Aktivitäten lässt sich ein Index bilden, der von 0 bis 7 reicht, wenn keine oder mindestens sieben dieser Wahlkampfaktivitäten wahrgenommen wurden. Durchschnittlich geben die Befragten 2,9 Parteikontakte im Wahlkampf an. In Tabelle 10 wird geprüft, ob sich der Wahlkampf auf die individuelle Wahlbeteiligung auswirkt. Im ersten Schritt wird neben demografischen Informationen nur eine Variable eingeschlossen, die erfasst, ob jemand den Wahlkampf aufmerksam verfolgt hat. Wenn das der Fall ist, steigt die Beteiligungswahrscheinlichkeit an. Anschließend wird im zweiten Modell der Mobilisierungsindex eingeschlossen, der die Anzahl der Wahlkampfkontakte erfasst. Die meisten Befragten geben an, ein bis vier Kontakte gehabt zu haben, höhere Werte sind dagegen selten. Aus der zweiten Spalte in Tabelle 10 geht hervor, dass mit der Menge der Kontakte die Bereitschaft steigt, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen, und dass sich die Erklärungskraft des Modells durch den Einschluss dieser Variable deutlich verbessert. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass Wahlkampfaktivitäten nicht folgenlos sind, sondern tatsächlich die Beteiligung steigern (Rosenstone und Hansen 1993, S. 171, Abbildung 6-2). Nun könnte es sein, dass nur diejenigen im Wahlkampf in Kontakt mit den Parteien kommen, die sich für Politik interessieren oder ohnehin wählen wollen. Um auszuschließen, dass der Wahlkampfeffekt ausschließlich auf solche Unterschiede zurückzuführen ist, werden im dritten Modell das politische Interesse, die Akzeptanz der Wahlnorm, die Parteiidentifikation und der bereits oben verwendete Zufriedenheitsindex in das Modell eingeschlossen. Obwohl bis auf das politische Interesse alle diese Variablen einen signifikanten Effekt auf die Wahlteilnahme ausüben, büßt der Mobilisierungseffekt nicht an Signifikanz ein, wenngleich die Effektstärke etwas nachlässt.

Auf Grundlage des dritten, umfassenden Modells wird nun die substantielle Wirkung der Wahlkampfmobilisierung ermittelt (Abbildung 2.12). Bei zwei hypothetischen Personen, die sich nur im Hinblick auf ihre Wahlkampfkontakte unterscheiden, steigt die Wahlwahrscheinlichkeit beim Übergang von einem zum anderen Extrem um 16 Prozentpunkte an. Doch selbst drei oder vier Kontakte erhöhen die Beteiligung gegenüber jemandem, der während des Wahlkampfs keinen Parteienkontakt hatte, um sechs bzw. zehn Prozentpunkte. Da die Anzahl der Wahlkampfkontakte mit dem Bildungsgrad und dem Einkommen der Befragten zunimmt (Rosenstone und Hansen 1993, S. 163–168) und die Parteien ihre Anstrengungen auf diejenigen konzentrieren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit wäh-

len (Karp et al. 2007, S. 102), vergrößert politische Mobilisierung bestehende Beteiligungsunterschiede (Enos et al. 2014).

Abbildung 2.12: Effekt politischer Mobilisierung auf die Wahlteilnahme



Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Dargestellt ist die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, an der Bundestagswahl 2013 teilgenommen zu haben, in Abhängigkeit von der Mobilisierungsintensität. Siehe Tabelle 10.

### 3 Fazit

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die Nichtwählerinnen und Nichtwähler in der Mitte der Gesellschaft angekommen und finden sich in allen Schichten. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass Prominente und Intellektuelle öffentlich verkünden, nicht länger wählen zu wollen. Dennoch trägt er. Zwar finden sich in der wachsenden Gruppe von Nichtwählerinnen und Nichtwählern Menschen aller sozialen Schichten. Doch daraus zu schließen, dass sich die Wahlverweigerer gleichmäßig über die Gesellschaft verteilen, führt in die Irre. Denn die Wahrscheinlichkeit, nicht wählen zu gehen, unterscheidet sich nach Schichtzugehörigkeit, Einkom-

men und Bildung. Nichtwählerinnen und Nichtwähler bilden keinen Querschnitt der Bevölkerung, auch wenn dieser Eindruck medial vermittelt wird. Die Gründe für eine im Vergleich zu den bessergestellten Gruppen geringere Wahlbeteiligung der sozial Schwachen liegen im geringeren politischen Interesse, einer schwächeren Parteibindung, dem mangelnden Zutrauen in eigene Kompetenzen und dem fehlenden Glauben daran, durch politisches Engagement etwas zu bewirken, sowie in der weniger ausgeprägten gefühlten Verpflichtung, als guter Bürger wählen zu müssen. Einstellungen, mit denen die Bereitschaft steigt, an Wahlen teilzunehmen, sind gerade bei den Ressourcenarmen geringer ausgeprägt. Doch statt eine zufriedenstellende Erklärung zu bieten, werfen diese Muster die weiter gehende Frage auf, weshalb diese Unterschiede heute stärker als in der Vergangenheit ausgeprägt sind. Um dies zu erklären, muss die soziale Logik politischer Partizipation beachtet werden, denn die sich in partizipationshemmenden Einstellungen offenbarende Politikferne wird durch persönliche Netzwerke verstärkt, in denen sich andere mit ähnlichen Auffassungen finden. Wer nicht wählt, spricht viel häufiger mit anderen über Politik, die auch nicht wählt, wodurch das Verhaltensdispositiv verstärkt wird. Hinzu kommt, dass die Bewohner benachteiligter Stadtteile – unabhängig von anderen individuellen Merkmalen – eine geringere Wahlbereitschaft aufweisen. Segregation, die auch Ausdruck sozialer Ungleichheit ist, vergrößert die bereits vorhandenen Unterschiede in der Partizipationsbereitschaft.

Aus den empirischen Befunden dieses Kapitels lassen sich zwei Lehren ableiten. Zum einen ist ein rein individualistisches Erklärungsmodell politischer Partizipation unzureichend. Der soziale Kontext, in dem wir uns bewegen, beeinflusst Meinungen und Handlungen und kann politisch erwünschte, aber auch unerwünschte Folgen haben. Während der Kontakt mit politisch Interessierten mobilisierend wirken kann, demobilisiert die Interaktion mit anderen, die ein negatives Bild der Politik und keine Wahlabsicht haben. Zum anderen ist die Wahlabstinenz in stärkerem Maß als häufig wahrgenommen sozial stratifiziert, was den Rückgang der Wahlbeteiligung zu einem demokratiethoretischen Problem werden lässt. Denn es droht die Gefahr, dass die Anliegen der Nichtaktiven bei politischen Entscheidungen weniger stark ins Gewicht fallen als die der Aktiven, wodurch die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und den Repräsentanten verzerrt wird. Ungleiche Beteiligung kann die Benachteiligung der am wenigsten Begünstigten fördern, und diese Möglichkeit wird nicht dadurch entkräftet, dass die Nichtpartizipation vermeintlich freiwillig er-

folgt, denn der Grad an politischer Beteiligung wird durch Faktoren beeinflusst, die sich individuellem Einfluss entziehen.

#### Literaturverzeichnis

- Abendschön, S., & Roßteutscher, S. (2011). Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? In: E. Bytsek & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* (S. 59–80). Frankfurt a. M.: Campus.
- Becker, R. (2002). Wahlbeteiligung im Lebensverlauf. A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, 246–263.
- Berelson, B. R., et al. (1954). *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Blais, A., et al. (2004). Where Does Turnout Decline Come From? *European Journal of Political Research* 43, 221–236.
- Brady, H. E., et al. (1995). Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review* 89, 271–294.
- Campbell, Angus, et al. (1971 [1954]). *The Voter Decides*. Westport: Greenwood Press.
- Der Bundeswahlleiter (2013). *Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 1: Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise*. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
- Der Bundeswahlleiter (2010). *Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise*. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
- Eilfort, M. (1994). *Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Enos, R. D., et al. (2014). Increasing Inequality: The Effect of GOTV Mobilization on the Composition of the Electorate. *Journal of Politics* 76, 273–288.
- Falter, J. W. (1991). *Hitlers Wähler*. München: C. H. Beck.
- Falter, J. W., & Schumann, S. (1994). Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen. In: H. D. Klingemann & M. Kaase (Hrsg.), *Wähler und Nichtwähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990* (S. 161–213). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Farwick, A. (2012). Segregation. In: F. Eckhardt (Hrsg.), *Handbuch Stadtsoziologie* (S. 381–419). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Feist, U. (1992). Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland? In: K. Starzacher et al. (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?* (S. 40–57). Köln: Bund-Verlag.
- Friedrichs, J., & Triemer, S. (2008). *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Armin Schäfer

- Gabriel, O. W., & Völkl, K. (2004). Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. In: F. Brettschneider et al. (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes* (S. 221–248). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerber, A. S., & Green, D. P. (2000). The Effects of Canvassing, Telephone Calls, and Direct Mail on Voter Turnout: A Field Experiment. *American Political Science Review* 94, 653–663.
- Giles, M. W., & Dantico, M. K. (1982). Political Participation and Neighborhood Social Context Revisited. *American Journal of Political Science* 26, 144–150.
- Goerres, A. (2007). Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe. *British Journal of Politics and International Relations* 9, 90–121.
- Goerres, A. (2010). Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41, 102–120.
- Grünheid, E. (2011). Wandel und Kontinuität in der Partnerwahl in Deutschland. Analysen zur Homogamie von Paaren. *BiB Working Paper 1/2011*.
- Heuzeroth, C., & Dorbritz, J. (2009). Gleich und gleich gesellt sich gerne? – Eine deskriptive Analyse der Homogamie von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Hinblick auf den Bildungsabschluss der Partner. *BiB-Mitteilungen* 2/2009, 13–19.
- Hoffmann-Jaberg, B., & Roth, D. (1994). Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien? In: W. Bürklin & D. Roth (Hrsg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* (S. 132–159). Köln: Bund-Verlag.
- Huckfeldt, R. (1979). Political Participation and the Neighborhood Social Context. *American Journal of Political Science* 23, 579–592.
- infratest dimap (2013). *WahlANALYSE. Bundestagswahl am 22. September 2013*. Berlin: infratest dimap.
- Karp, J. A., et al. (2007). Getting Out the Vote: Party Mobilization in a Comparative Perspective. *British Journal of Political Science* 38, 91–112.
- Kleinhenz, T. (1995). *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lavies, R.-R. (1973). *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht*. Düsseldorf: Droste.
- Lazarsfeld, P. F., et al. (1969). *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*. Berlin: Luchterhand.
- Mcpherson, M., et al. (2001). Birds of a Feather: Homophily in Social Networks. *Annual Review of Sociology* 27, 415–444.
- Nickerson, D. W. (2008). Is Voting Contagious? Evidence from Two Field Experiments. *American Political Science Review* 102, 49–57.
- Pattie, C. J., & Johnston, R. J. (2003). Hanging on the Telephone? Doorsteps and Telephone Canvassing at the British General Election of 1997. *British Journal of Political Science* 33, 303–322.



- Petersen, T., et al. (2013). *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Rattinger, H. (1994). Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990. In: H.-D. Klingemann & M. Kaase (Hrsg.), *Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990* (S. 73–122). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Reif, K., & Schmitt, H. (1980). Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research* 8, 3–45.
- Rolfe, M. (2012). *Voter Turnout. A Social Theory of Political Participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenstone, S. J., & Hansen, J. M. (1993). *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan.
- Roth, D. (1992). Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: K. Starzacher et al. (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?* (S. 58–68). Köln: Bund-Verlag.
- Roth, D., & Wüst, A. M. (2007). Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland. In: W. J. Patzelt (Hrsg.), *Res Publica Semper Reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag* (S. 390–412). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schäfer, A. (2011). Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: E. Bytzek & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* (S. 133–154). Frankfurt a. M.: Campus.
- Schmidt, M. G. (2009). Altern und politische Partizipation. In: J. Kocka et al. (Hrsg.), *Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik* (S. 273–286). Halle (Saale): Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina.
- Schmitt-Beck, R., et al. (2008). Hintergründe kommunaler Wahlbeteiligung. Eine Fallstudie zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39, 561–580.
- Schoen, H. (2005). Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 135–185). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, H., & Weins, C. (2005). Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 187–242). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steinbrecher, M., & Rattinger, H. (2011). Die Wahlbeteiligung. In: H. Rattinger et al. (Hrsg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009* (S. 77–90). Baden-Baden: Nomos.
- Zuckerman, A. S. (2007). The Social Logic of Political Choice: Picking a Political Party in the Context of Immediate Social Circles. *Politische Vierteljahresschrift* 48, 633–649.

Armin Schäfer

Tabellenanhang

Table 1: In diesem Kapitel verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
BWL (2010)	Bundeshwahlleiter (2010). Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 1: Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
BWL (2013a)	Bundeshwahlleiter (2013). Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 1: Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
BWL (2013b)	Bundeshwahlleiter (2013). Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
BWL (2014)	Bundeshwahlleiter (2014). Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
GLÉS (2009)	Rattinger, Hans, Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, & Weßels, Bernhard (2011). Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLÉS 2009). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5302 Datenfile Version 5.0.0, doi:10.4232/1.10999.
GLÉS (2013)	Rattinger, Hans, Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Weßels, Bernhard, & Wolf, Christof (2014). Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLÉS 2013). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5702 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.11891.
GLÉS (2013) RCS	Rattinger, Hans, Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Weßels, Bernhard, & Wolf, Christof (2014). Rolling Cross-Section-Wahlkampfstudie mit Nachwahl-Panelwelle (GLÉS 2013). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5703 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.11892.
ALLBUS (1980–2008)	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2010). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS-Kumulation 1980–2008. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4570 Datenfile Version 2.0.1, doi:10.4232/1.10080.
ALLBUS (2010)	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2011). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2010. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4610 Datenfile Version 1.1.0, doi: 10.4232/1.10760.
ALLBUS (2012)	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2013). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.11595.
DUISBURG (2004)	Schmitt-Beck, Rüdiger, & Faas, Thorsten (2006). Kommunale Wahlbeteiligung – Kommunalwahl am 26. September 2004 in Duisburg. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4271 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.4271.

*Tabelle 2: Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen*

AV: Wahlbeteiligung	Ostdeutschland	Westdeutschland	Gesamt
Arbeitslosenquote	-0,77** (0,23)	-0,33** (0,11)	-0,51*** (0,09)
Abiturientenquote	0,13+ (0,08)	0,00 (0,03)	0,01 (0,03)
18- bis 25-Jährige	-1,08 (0,69)	-0,69* (0,28)	-0,46+ (0,24)
Über 75-Jährige	-0,45 (0,49)	-0,36 (0,25)	-0,22 (0,21)
Einwohner pro km <sup>2</sup> (log.)	2,02** (0,67)	0,40 (0,27)	0,79*** (0,22)
Ostdeutschland			-2,79*** (0,72)
Konstante	72,55*** (7,49)	81,09*** (4,26)	76,24*** (3,51)
R <sup>2</sup>	0,53	0,08	0,35
N	50	249	299

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: BWL (2013).

Erläuterung: Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines linearen Regressionsmodells, das die Höhe der Wahlbeteiligung in den 299 Wahlkreisen schätzt.

Armin Schäfer

Tabelle 3: Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit im Zeitverlauf

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	0,09*** (0,01)	0,07*** (0,01)	0,09*** (0,01)
Alter <sup>2</sup>	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)
Geschlecht (RK: Frau)	-0,07+ (0,04)	-0,15** (0,05)	-0,02 (0,04)
Politisches Interesse	0,71*** (0,03)	0,72*** (0,03)	0,68*** (0,03)
Trend (Jahre seit 1980)	-0,05*** (0,00)	-0,06*** (0,00)	-0,05*** (0,00)
Bildung (RK: Hauptschule)			
Mittlere Reife	0,42*** (0,13)		
Fachhochschulreife	0,38** (0,15)		
Bildung*Trend			
Mittlere Reife*Trend	0,00 (0,01)		
Fachhochschulreife*Trend	0,02* (0,01)		
Einkommen (RK: unterstes Drittel)			
2. Drittel		0,36** (0,13)	
3. Drittel		0,23+ (0,13)	
Einkommen*Trend			
2. Drittel*Trend		0,01 (0,01)	
3. Drittel*Trend		0,03*** (0,01)	
Schicht (RK: Unter- u. Arbeiterschicht)			
Mittelschicht			0,61*** (0,11)
Oberschicht			0,47* (0,21)

*Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland*

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Schicht*Trend			
Mittelschicht*Trend			0,00 (0,00)
Oberschicht*Trend			0,02* (0,01)
Konstante	-2,02*** (0,17)	-1,58*** (0,20)	-2,13*** (0,17)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,140	0,153	0,150
N	25281	20361	24362

Standardfehler in Klammern; + p < 0,1 \* p < 0,05 \*\* p < 0,01 \*\*\* p < 0,001

Daten: ALLBUS (1980–2008; 2010; 2012).

Erläuterung: Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells. Die Modelle werden unter Einschluss des personenbezogenen Ost-West-Transformationsgewichts berechnet, um die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter sowie sozioökonomische Verzerrungen auszugleichen.

Armin Schäfer

Tabelle 4: Alters- und Kohorteneffekte auf die Wahlbeteiligung

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2
Geschlecht (RK: Frau)	-0,09* (0,04)	-0,08* (0,04)
Politisches Interesse	0,72*** (0,02)	0,70*** (0,03)
Bildung	0,33*** (0,03)	0,37*** (0,03)
Wahlbeteiligung	0,08*** (0,00)	0,05*** (0,01)
Altersgruppen (RK: 41–50 Jahre)		
18–25	-1,00*** (0,07)	-0,39*** (0,10)
26–30	-0,63*** (0,08)	-0,16+ (0,09)
31–40	-0,16* (0,06)	0,13+ (0,07)
51–60	0,36*** (0,07)	0,05 (0,08)
60–70	0,62*** (0,08)	0,13 (0,11)
70+	0,62*** (0,08)	0,06 (0,14)

*Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland*

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2
Kohorten (RK: 1950er)		
vor 1920		0,54** (0,17)
1920er		0,65*** (0,14)
1930er		0,58*** (0,11)
1940er		0,34*** (0,08)
1960er		-0,34*** (0,07)
1970er		-0,74*** (0,09)
1980er		-0,74*** (0,13)
Konstante	-6,91*** (0,33)	-4,56*** (0,45)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,13	0,14
N	25281	25281

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: ALLBUS (1980–2008; 2010; 2012).

Erläuterung: Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells. Die Modelle werden unter Einschluss des personenbezogenen Ost-West-Transformationsgewichts berechnet, um die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter sowie sozioökonomische Verzerrungen auszugleichen.

*Tabelle 5: Auswirkung der politischen Zufriedenheit auf die Nichtwahl*

AV: Nichtwahl	Koeffizient	Standardfehler
Geschlecht (RK: Frau)	-0,28	(0,19)
Alter	-0,03***	(0,01)
Bildung (RK: Hauptschule)		
Mittlere Reife	-0,62**	(0,21)
Fachhochschulreife	-1,24***	(0,30)
Politisches Interesse (1–5)	-1,02***	(0,11)
Zufriedenheitsindex (RK: 1 „sehr unzufrieden“)		
2.	-0,28	(0,40)
3.	-0,76*	(0,39)
4.	-1,00**	(0,38)
5.	-1,15**	(0,38)
6.	-1,46***	(0,39)
7. (sehr zufrieden)	-1,66***	(0,43)
Konstante	4,17***	(0,51)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,26	
N	1699	

+ p < 0,1 \* p < 0,05 \*\* p < 0,01 \*\*\* p < 0,001

Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells, dessen abhängige Variable aus der vor der Bundestagswahl 2013 geäußerten Nichtwahlabsticht sowie aus der nach der Wahl berichteten Nichtwahl gebildet wird. Der Zufriedenheitsindex verknüpft additiv die drei in Abbildung 2.6 dargestellten Einzelitems zur politischen Zufriedenheit.



Tabelle 6: Determinanten der individuellen Wahlteilnahme

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Standard- fehler	Modell 2	Standard- fehler
Geschlecht (RK: Frau)	0,35+	(0,19)	0,16	(0,23)
Alter	0,03***	(0,01)	0,02***	(0,01)
In Partnerschaft (0 = nein; 1 = ja)	0,36+	(0,20)	0,39+	(0,23)
Abitur (0 = nein; 1 = ja)	1,41***	(0,30)	0,60+	(0,35)
Haushaltseinkommen (log.)	1,28***	(0,24)	1,38***	(0,35)
Politisches Interesse (1–5)			0,63***	(0,13)
Zufriedenheit (1–7)			–0,03	(0,08)
Wahlnorm (1–5)			0,69***	(0,08)
Parteiidentifikation (0 = nein; 1 = ja)			0,09	(0,07)
Regierung macht Unterschied (1–5)			0,35*	(0,16)
Wahl macht Unterschied (1–5)			0,21	(0,16)
Konstante	–2,28***	(0,48)	–7,63***	(0,82)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,13		0,41	
N	1343		1343	

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: GLES (2013).

Erläuterung: In der Tabelle sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells dargestellt, mit dem ermittelt wird, von welchen Faktoren die individuelle Wahlbereitschaft abhängt. Als „Wähler“ gelten alle Befragten, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 äußerten, „bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ wählen zu wollen, sowie diejenigen, die nach der Wahl angaben, gewählt zu haben. Die Daten werden gewichtet, um die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter sowie sozioökonomische Verzerrungen auszugleichen.

Armin Schäfer

*Tabelle 7: Nichtwahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Verhalten der Gesprächspartner*

AV: Nichtwahl	Koeffizienten	Standardfehler
Geschlecht (RK: Frau)	-0,12	(0,13)
Alter	-0,02***	(0,00)
Schulabschluss (RK: höchstens Hauptschule)		
Mittlere Reife	-0,39*	(0,15)
Abitur	-0,87***	(0,18)
Politisches Interesse (0–4)	-0,89***	(0,08)
Parteiidentifikation (0 = nein; 1 = ja)	-0,86***	(0,13)
Erhebungstag	-0,00	(0,00)
Erster Gesprächspartner (RK: keine Gespräche über Politik)		
Nichtwähler	0,58+	(0,31)
Weiß nicht/Unentschlossen	-0,60+	(0,31)
Wähler	-0,63**	(0,22)
Zweiter Gesprächspartner (RK: keine Gespräche über Politik)		
Nichtwähler	0,70*	(0,35)
Weiß nicht/Unentschlossen	-0,24	(0,36)
Wähler	-0,52*	(0,26)
Konstante	1,59***	(0,31)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,25	
N	7046	

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: GLES (2013) RCS.

Erläuterung: In der Tabelle sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells abgetragen, bei dem die abhängige Variable „Nichtwahl“ jene Befragten enthält, die vor der Bundestagswahl 2013 angaben, „vielleicht“, „wahrscheinlich nicht“ oder „sicher nicht“ wählen zu wollen.

*Tabelle 8: Einfluss der Wahlbeteiligung im Stadtteil auf die individuelle Wahlteilnahme*

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Koeffizient	Standardfehler
Wähler im Stadtteil (RK: wenige)		
Durchschnittlich	0,53*	(0,24)
Viele	0,73*	(0,37)
Geschlecht (RK: Frau)	0,12	(0,23)
Alter	0,02+	(0,01)
Partnerschaft (0 = nein; 1 = ja)	0,17	(0,23)
Interesse an Kommunalpolitik (1–5)	1,12***	(0,12)
Bildung (RK: Hauptschule)		
Mittlere Reife	0,08	(0,28)
Abitur	1,01***	(0,31)
Konstante	-2,50***	(0,50)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,23	
N	893	

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: DUISBURG (2004).

Erläuterung: Dargestellt sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells, dessen abhängige Variable erfasst, ob jemand nach eigener Auskunft an der Kommunalwahl 2004 teilgenommen hat.

Armin Schäfer

*Tabelle 9: Wahlverhalten in der Nachbarschaft und individuelle Wahlabsicht*

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Einschätzung der Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft (RK: fast niemand/wenige)			
Nicht viele	0,61* (0,26)	0,51+ (0,28)	0,22 (0,35)
Viele	1,85*** (0,26)	1,70*** (0,29)	0,86* (0,36)
Fast alle	2,48*** (0,41)	2,07*** (0,43)	1,18* (0,54)
Geschlecht (RK: Frau)		0,25 (0,17)	0,21 (0,20)
Alter		0,01* (0,00)	-0,00 (0,01)
In Partnerschaft (0 = nein; 1 = ja)		0,51** (0,17)	0,47* (0,21)
Haushaltseinkommen (log.)		0,40+ (0,21)	-0,02 (0,25)
Wahlnorm (1-5)			0,78*** (0,08)
Politisch interessiert (0 = nein; 1 = ja)			1,78*** (0,36)
Parteiidentifikation (0 = nein; 1 = ja)			0,27*** (0,06)
Konstante	0,11 (0,23)	-1,24** (0,46)	-2,86*** (0,55)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,09	0,10	0,32
N	1652	1425	1324

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: GLES (2013).

Erläuterung: In der Tabelle sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells abgetragen, bei dem die abhängige Variable „Nichtwahl“ jene Befragten enthält, die vor der Bundestagswahl 2013 angaben, „vielleicht“, „wahrscheinlich nicht“ oder „sicher nicht“ wählen zu wollen.

Tabelle 10: Effekt der Mobilisierung auf die Wahlteilnahme

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht (RK: Frau)	0,32* (0,16)	0,35* (0,17)	0,32 (0,21)
Alter	0,04*** (0,01)	0,04*** (0,01)	0,03*** (0,01)
Bildung (RK: höchstens Hauptschule)			
Mittlere Reife	0,83*** (0,19)	0,85*** (0,20)	0,80*** (0,24)
Fachhochschulreife	1,56*** (0,26)	1,51*** (0,27)	1,32*** (0,34)
Wahlkampf verfolgt (0 = nein; 1 = ja)	1,85*** (0,21)	1,45*** (0,21)	0,89** (0,29)
Mobilisierungsindex (1–7)		0,42*** (0,06)	0,29*** (0,07)
Politisch interessiert (0 = nein; 1 = ja)			0,35 (0,41)
Wahlnorm (1–5)			0,68*** (0,07)
Parteiidentifikation (0 = nein; 1 = ja)			1,01*** (0,22)
Zufriedenheitsindex (1–7)			0,13* (0,06)
Konstante	-1,65*** (0,34)	-2,75*** (0,39)	-5,31*** (0,58)
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,21	0,25	0,39
N	1862	1783	1560

Standardfehler in Klammern; +  $p < 0,1$  \*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$  \*\*\*  $p < 0,001$

Daten: GLES (2013).

Erläuterung: Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells, mit dem die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 erklärt werden soll. Der Mobilisierungsindex setzt sich additiv aus zehn möglichen Kontaktarten von den Parteien mit den Befragten während des Wahlkampfes zusammen. Da nur eine sehr kleine Minderheit mehr als siebenmal kontaktiert wurde, enthält der höchste Indexwert alle, die angeben, siebenmal oder noch häufiger kontaktiert worden zu sein.



teten Zetteln und Kreidezeichen ist der Weg für alle Bürger unübersehbar ausgeschildert. Sie ist nicht allein, sondern wird begleitet von einer Freundin sowie ihren und deren Kindern. Sie hatte mitbekommen, dass eine andere Mutter aus der Kindergartengruppe heute auch Wahlhelferin sein würde. Und tatsächlich begrüßt sie in ihrem alten Klassenraum freundlich ein bekanntes Gesicht. Sie ist nervös, denn der Politikunterricht in der Schulzeit ist lange her. Aber da begrüßen sich bereits die beiden Kindergartenfreunde begeistert. Und der Bann der ersten Nervosität ist gebrochen. Von nun an geht alles ganz schnell. Sie nimmt die Zettel entgegen, geht zur Wahlkabine und macht ein Kreuz. Die Kinder finden währenddessen das Heimliche und Geheime am Abstimmen in den Kabinen „total spannend“. Der große Bruder der Freundin ihrer Tochter, der die beiden Freundinnen begleitet, erzählt später, dass er das „geheime Wählen“ längst aus seiner Klasse, der Grundschule vor Ort, kennt, wo er und einige seiner Freunde an der Schulverfassung mitwirken durften. Nach den Sommerferien solle es sogar so etwas wie einen „Open Space“, Beteiligungsworkshops für ein paar Kinder aus dem Stadtteil, geben, in denen sie einmal sagen sollen, was sie so an den Parks, Spielplätzen und an allem, was es im Stadtteil gibt, so stört. Er wolle auch wählen gehen, wenn er 16 ist.

Unsere Neuwählerin hört sich seine Geschichten interessiert an. Und wünscht sich insgeheim, dass sie auch bei solchen Dingen hätte mitmachen können, als sie in der Schule war. Dann wäre sie vielleicht viel früher hierhergekommen, um am Rande des Bürgerfestes ihre Stimme abzugeben.

### Literatur

- Aaarts, C. W. A. M. (1999). *Opkomst bij verkiezingen. Onderzoeksrapportage in opdracht van het Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties*. Directie Constitutionele Zaken en Wetgeving Enschede, Faculteit bestuurskunde van de universiteit Twente (rapport voor het ministerie van bz). [http://doc.utwente.nl/61192/1/opkomst\\_verkiezing\\_8-99-2.pdf](http://doc.utwente.nl/61192/1/opkomst_verkiezing_8-99-2.pdf). Zugegriffen: 31. Januar 2016.
- Dekker, P. (2002). Samenvatting en slotbeschouwing. In: ders. (Hrsg.), *Niet-stemmers. Een onderzoek naar achtergronden en motieven in enquêtes, interviews en focusgroepen* (S. 135–161). Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.
- Dernbach, A. (2015). Ungleichheit schadet der Demokratie. Interview mit Robert Vehrkamp. *Der Tagesspiegel* vom 23. Februar 2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/nichtwaehler-ungleichheit-schadet-der-demokratie/11412274.html>. Zugegriffen: 31. Januar 2016.

Johanna Klatt

- Hoefl, C., Klatt, J., Klimmeck, A., Kopp, J., Messinger, S., Rugenstein, S., & Walter, F. (2014). *Wer organisiert die „Entbehrlichen“? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren*. Bielefeld: Transcript.
- Karp, J., & Banducci, S. (2011). Absentee voting, mobilization, and participation. *American Politics Research* 29, 183–195.
- Leopold, W. (2012). In-Depth Survey Compares Nonvoters to Voters. Nonvoters skew younger than voters, lean Democratic, preferred Obama to Romney. Online-Beitrag vom 14. Dezember 2012. <http://www.northwestern.edu/newscenter/stories/2012/12/in-depth-survey-compares-nonvoters-to-voters.html#sthash.ETqHNJo6.zWovnuqt.dpuf>. Zugegriffen: 31. Januar 2016.
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (2014). Wahlbeteiligung und Nichtwähler in Deutschland. [http://www.mpifg.de/projects/demokratie/grafik\\_wahlbet\\_nichtwaehler](http://www.mpifg.de/projects/demokratie/grafik_wahlbet_nichtwaehler). Zugegriffen: 31. Januar 2016.
- Miquet-Marty, F. (2011). *Les oubliés de la démocratie*. Paris: Michalon.
- Molthagen, D. (2013). Vorwort des Herausgebers. In: M. Güllner, *Nichtwähler in Deutschland* (S. 5–7). Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, hrsg. von Dietmar Molthagen. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf>. Zugegriffen: 1. April 2016.
- Poguntke, T. (1997). Parteienorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? In: O. W. Gabriel, O. Niedermayer & R. Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (S. 257–276). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schäfer, A. (2013). Wahlbeteiligung und Nichtwähler. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/49, 39–46.
- Schäfer, A. (2012). Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. *Politische Vierteljahresschrift* 53, 240–264.
- Schudson, M. (2000). Overcoming voter isolation. Citizenship beyond the polls. *The Responsive Community* 10 (2), 38–44.



## Autorenverzeichnis

*Benken*, Dr. Björn, Diplom Ökonom und Gründer der überparteilichen „Aktion Wahlreform“ ([www.wahlreform.de](http://www.wahlreform.de))

*Buchstein*, Dr. Hubertus ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald

*Decker*, Dr. Frank ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn

*Grotz*, Dr. Florian ist Inhaber der Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Vergleichende Regierungslehre an der Universität der Bundeswehr, Hamburg

*Gründinger*, Wolfgang ist Politik- und Sozialwissenschaftler und Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Initiator der Kampagne „Wir wollen wählen!“

*Heußner*, Dr. Hermann ist Professor für Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück

*Jesse*, Dr. Eckhard ist Professor emeritus für Politikwissenschaft der Technischen Universität Chemnitz

*Klatt*, Johanna ist Politik- und Rechtswissenschaftlerin, Autorin von Studien zu bürgerschaftlichem Engagement in sozial benachteiligten Stadtteilen

*Küppers*, Anna, M.A. ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

*Meyer*, Dr. Hans ist Professor emeritus der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

*Mörschel*, Dr. Tobias ist Referent in der Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung

*Autorenverzeichnis*

*Sacksofsky*, Dr. Ute ist Inhaberin der Professur für Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung der Universität Frankfurt

*Schäfer*, Dr. Armin ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „International Vergleichende Politische Ökonomie“ an der Universität Osnabrück

*Volkman*, Dr. Uwe ist Inhaber der Professur für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie der Universität Frankfurt